

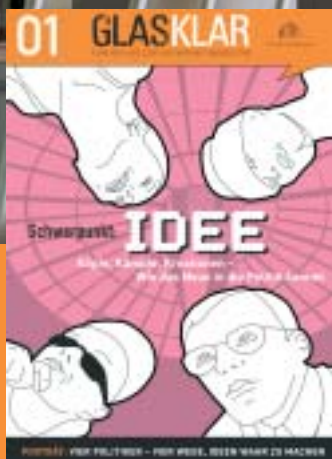
# BLICKPUNKT BUNDESTAG



April 3/2004  
2,00 Euro  
ISSN 14359146  
G10624

Vorbereitungen zur Bundesversammlung

## Countdown in Berlin...



>>> JETZT IM HEFT:  
DAS JUGENDMAGAZIN  
01 GLASKLAR

# EDITORIAL



Stefan Thomas.

## Liebe Leserin, lieber Leser

wie viele Magazine, versucht auch der BLICKPUNKT BUNDESTAG das Spektrum der Zielgruppen zu vergrößern. Der Mittelteil dieser Ausgabe sieht aus wie ein Heft im Heft. Und so soll es auch sein. Mit **GLASKLAR** möchten wir die jüngeren Leser ansprechen.

Unsere Hoffnung liegt darin, jungen, politisch interessierten Leserinnen und Lesern unser Parlament näher zu bringen. Verschiedene Studien besagen, dass sich das Interesse der Jugend an politischen Themen in den letzten Jahren zunehmend verringert hat – vielleicht gelingt eine Umkehr, indem wir **Interesse wecken**.

Dabei sind wir natürlich auch auf Reaktionen und Rückmeldungen angewiesen. Gehen wir damit einen guten Weg, was kann verbessert werden und welche Themen interessieren?

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass der Bundestag in Kürze die Internetseite [www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de) zu neuem Leben erwecken wird. Wir werden darüber berichten. Und Sie dürfen gespannt sein.

Das Hauptthema dieser Ausgabe behandelt die Vorbereitungen für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai. Das Wahlgremium nennt sich **Bundesversammlung**. Weiterhin greifen wir die Diskussion um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union auf.

Noch eine Neuerung ist zu vermelden. Der BLICKPUNKT BUNDESTAG hat jetzt einen neuen Internetauftritt: [www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de). Internetnutzer können die aktuelle Ausgabe und zusätzliche Beiträge abrufen. Sie finden uns natürlich auch weiterhin unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) – ebenfalls in neuer Gestaltung.

Der BLICKPUNKT wünscht sich wieder interessierte Leserinnen und Leser.

A handwritten signature in black ink that reads "Ihr Stefan Thomas". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

# INHALT

Titelfoto: Fahnen der Bundesländer



## Titel

- 4 Countdown in Berlin ...  
Vorbereitungen zur  
Bundesversammlung



## Details im Bundestag

- 14 Stapel



## Menschen im Bundestag

- 33 Ein kleines Stück  
Geschichte  
Jörg Schünemann, geboren im  
Reichstagsgebäude

## Essay

- 3 Ein Experiment  
mit der Tradition  
Von Martin E. Süskind

## Tagesläufe

- 10 Nach den Sternen greifen,  
das Machbare gestalten  
Der Abgeordnete Peter Hettlich

## Cullen

- 16 Ein edles Ross für den  
warmen Wurstkessel

## Debatte

- 44 Wo liegen die  
Grenzen Europas?  
Forum: EU-Erweiterung
- 49 Infotipps  
Weitere Themen im Bundestag
- 50 Top oder Flop?  
Streitgespräch:  
Ein Jahr Agenda 2010

## Panorama

- 53 Begegnungen  
im Parlamentsviertel
- 54 Drei Fragen an  
Abgeordnete
- 54 Welches Buch lesen  
Sie gerade?
- 55 Report
- 56 Vor fünf Jahren:  
Erste Sitzung in Berlin

## Jugendmagazin Glasklar

- 19 Funken machen Feuer!  
Editorial
- 20 Die Welt verbessern?  
Fünf Versuche  
Gespräch
- 26 Es ist kein Weg zu weit.  
Porträt
- 28 Sehen, hören, fühlen  
Fotostory
- 32 Süß, bunt, cool.  
Was passiert mit  
Alcopops?  
Umfrage
- 34 Trautes Heim,  
Politik muss sein ...  
Homestory
- 36 Idee in Fahrt  
System
- 38 Agenda
- 39 Leben ohne Kohle?  
Kolumne

von Martin E. Süskind

**V**ielleicht ist es doch das spannendste Amt, das die deutsche Demokratie alle fünf Jahre zu vergeben hat – das Amt des Bundespräsidenten. Es ist ein Amt ohne exekutive Macht, und doch kann von ihm Macht ausgehen, machtvoll prägender Einfluss auf Gesellschaft und Staat. Geboren wurde es 1949 als Kind der Erfahrung von Verfassungsvätern und -müttern, denen die Weimarer Republik und ihr Untergang vor Augen stand und die deshalb auf keinen Fall den Reichspräsidenten mit all seinen Vollmachten und Sonderrechten auferstehen lassen wollten. Geschaffen wurde vor 55 Jahren in der neu entstandenen Bundesrepublik Deutschland eine Institution, die eigentlich eine demokratische Versuchsanordnung war, ein Experiment. Theodor Heuss, das erste Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, sagte über sein Amt: „Die politische Figur eines deutschen Bundespräsidenten konnte nach dem Geschehen der nahen Vergangenheit ... nichts anderes als eine Improvisation werden.“

Aus der Improvisation ist eine Institution geworden, deren Statik zwar immer wieder einer kritischen Revision unterzogen wird, für die aber auch nach fünf Jahrzehnten keine Alternative gefunden wurde. Es hat sich eine Tradition herausgebildet, die mit jeder Neuwahl eines Bundespräsidenten abermals auf dem Prüfstand steht und die sich auf den „Improvisateur“ der ersten Jahre bezieht – eben Theodor Heuss. Als der nach zehn Jahren Amtszeit am 1. September 1959 verabschiedet wurde, sagte der damalige Präsident der Bundesversammlung Eugen Gerstenmaier, der Grundzug der Amtsführung des ersten Bundespräsidenten im Nachkriegsdeutschland sei „die Unterwerfung der Macht unter den Anspruch des Geistes“ gewesen.

Es gibt keine bessere und anspruchsvollere Definition dessen, was ein Bundespräsident erstreben sollte. Und gerade in diesem Anspruch an den jeweiligen Amtsinhaber liegt der Anspruch des Amtes.

Des Wortes besonders mächtige Präsidenten, wie Theodor Heuss und Richard von Weizsäcker, womöglich auch Johannes Rau, sind im Urteil der Zeitgenossen diesem Anspruch besonders gewachsen gewesen; andere, wie Gustav Heinemann oder Roman Herzog, wirkten in Zeiten des politischen Umbruchs in einer besonderen Art der Kombination von Rede und Haltung; wieder andere –

Heinrich Lübke, Walter Scheel, Karl Carstens – verliehen dem Amt Profil durch persönliche Eigenheiten und Wertvorstellungen. Dabei galt für alle, was Scheel einmal in die Worte fasste, erste Pflicht des Bundespräsidenten sei es, den hohen Ansprüchen, die das Amt stelle, „durch seine Person zu genügen. Vor dieser Aufgabe wird man sich durchaus seiner eigenen Schwächen bewusst“.

Alle bisherigen Bundespräsidenten waren Politiker, manchmal auch ausgesprochene Parteipolitiker. Aus dieser Laufbahn wuchsen sie in das überparteiliche Amt, begleitet zum Teil von erheblicher Skepsis des Publikums in ihre Fähigkeiten. Solche Skepsis wandelte sich dann im Laufe der Amtszeit – teils zu Bewunderung, teils zu Anerkennung, meistens immerhin zu Respekt. Dieser Respekt hatte nicht in erster Linie zu tun mit der Frage, welche politische Wirksamkeit sie entfalteten, sondern vor allem mit der Frage nach ihrer Haltung: Welche Statur gaben sie ab in ihrer Zeit und gemessen an den Bundesregierungen, über, neben, unter denen sie wirkten durch Wort, Haltung oder (bisweilen auch dies) schlichte Präsenz? Sie konnten die Gesellschaft der Bürger beeinflussen und deren Haltung zur Politik prägen. Einige von ihnen wurden im Verlaufe ihrer Präsidentschaft sogar zu einer demokratischen Instanz.

**D**ie „Improvisation“ ist nicht beendet. Horst Köhler, den die Mehrheitsfraktionen der Bundesversammlung für die Wahl am 23. Mai nominiert haben, entstammt – wie auch Gesine Schwan, die Kandidatin der Minderheitsfraktionen – zum ersten Mal nicht dem klassischen politischen Netz der Parteien. Die präsidentielle Versuchsanordnung erhält in diesem Jahr mit der Wahl des neunten Bundespräsidenten also einen ganz neuen Akzent. Vielleicht ist das sogar mehr als ein Akzent, ein Akt der Emanzipation nämlich, den sich sowohl die politische Klasse als auch die demokratische Gesellschaft jetzt leisten wollen. Es ist ein riskanter Neuanfang: Ob er die Institution und deren Tradition bereichern wird, liegt einzig und allein in der Person des künftigen Staatsoberhauptes und an seinen Fähigkeiten.

**MARTIN E. SÜSKIND, 59, war lange Jahre politischer Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Bonn, Mitte der Neunzigerjahre Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers und von 1999 bis 2001 Chefredakteur der Berliner Zeitung. Heute lebt er als freier Journalist und Autor in Berlin und in Bayern.**

FOTO: BERLINER ZEITUNG/  
PAULUS PONIZAK



Vorbereitungen zur Bundesversammlung

# C o u n t



Text: Gregor Mayntz, Fotos: studio kohlmeier, Grafik: Karl-Heinz Döring

i n

# d o w n



Die Verfassung schreibt vor, dass der Bundespräsident „ohne Aussprache von der Bundesversammlung“ gewählt wird. Ein einfacher Satz, der es in Verbindung mit den Detailbestimmungen jedoch in sich hat und viele Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung schon Monate vor dem Wahltag am 23. Mai intensiv beschäftigt. Denn der Bundestag ist nicht nur räumlicher Gastgeber der Bundesversammlung, er trägt auch die Verantwortung dafür, dass alles reibungslos über die Bühne geht. Keine leichte Aufgabe, denn das Unternehmen „Bundesversammlung“ gleicht einem Jonglieren mit 1.206 Bällen.

**Hohe Organisationskunst also ist gefragt.**



# B e r l i n . . .

Schon die Zusammensetzung ist eine Wissenschaft für sich. Um die Bundesversammlung so repräsentativ wie möglich für den aktuellen politischen Willen des Volkes zu machen, besteht sie je zur Hälfte aus den Bundestagsabgeordneten und aus Mitgliedern, die von den 16 deutschen Landesparlamenten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Das bedeutet: Die Kräfteverhältnisse stehen nur im groben Rahmen fest; im Detail sind sie ständig im Fluss. Jede Landtagswahl birgt spürbare Veränderungen, und jeder Wechsel eines Landtagsabgeordneten von der einen in die andere Fraktion kann sich auf die Zusammensetzung der Bundesversammlung auswirken.

Zudem bringt es die Wahl nach Listen und deren Berücksichtigung nach dem Berechnungsverfahren mit sich, dass im Einzelfall Fraktionen, die sich zu gemeinsamen Listen zusammenschließen, gemeinsam mehr Plätze in der Bundesversammlung besetzen können als allein. Auch passiert es immer wieder, dass am Ende mehrere Fraktionen gleiche Ansprüche auf den letzten verbliebenen Sitz im jeweiligen „Kontingent“ des einzelnen Bundeslandes haben – dann entscheidet das Los.

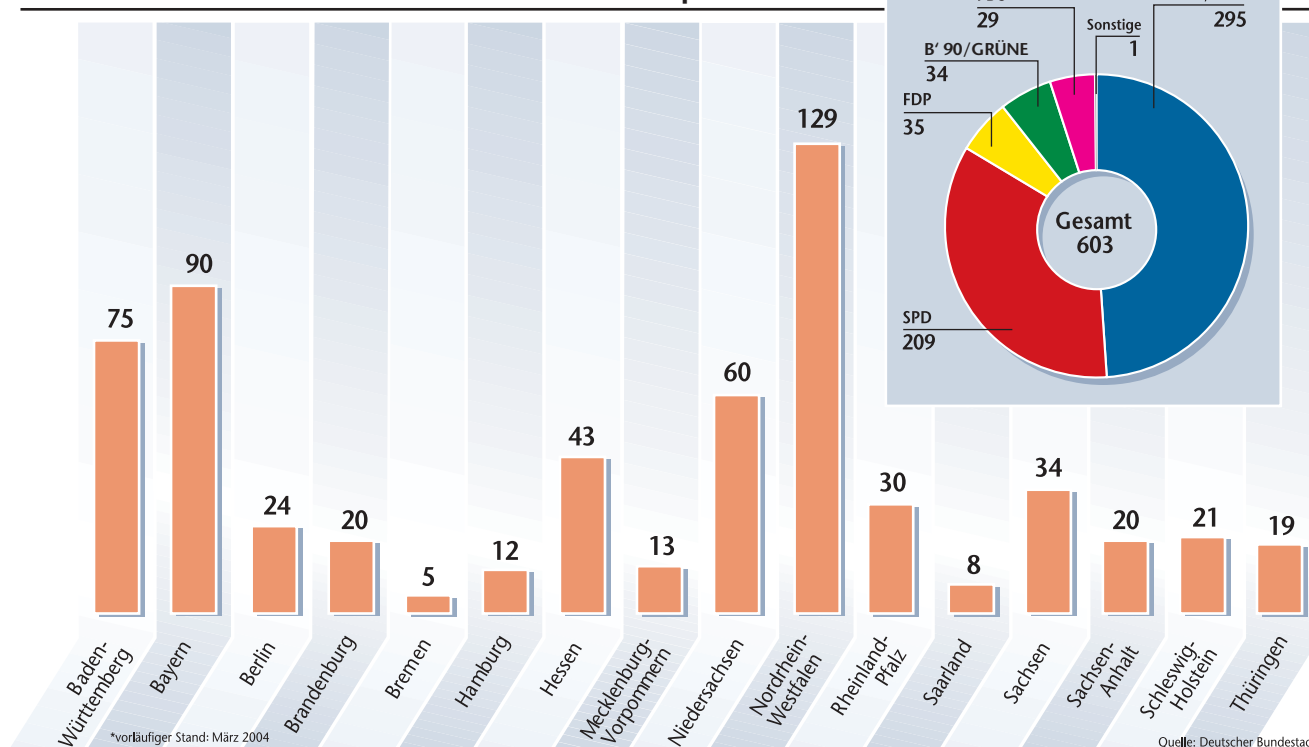
Lange Zeit ist die genaue Zusammensetzung also ungewiss. Und auch danach bleibt die Aufteilung auf die einzelnen Parteien schwierig. Wenn SPD und Bündnis 90/Die Grünen sich auf gemeinsame Benennungen einigen, sind die Personen dann bei der SPD oder beim Bündnis 90/Die Grünen zu verbuchen? Auffällig für die Bundesversammlung ist zudem, dass die Parteien immer wieder auch bekannte und verdiente Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben wählen, die keiner Partei angehören.

So entschied sich in diesem Jahr die CDU unter anderem für die Designerin Jette Joop und die Eisschnellläuferin Claudia Pechstein. Die CSU benannte Gloria Fürstin von Thurn und Taxis und Karl-Heinz Rummenigge, Vorstandschef von Bayern München. Die SPD entschied sich für den DGB-Chef Michael Sommer, den Kabarettisten Otfried Fischer, Bündnis 90/Die Grünen für die Schauspielerin Nina Hoss und Bilkay Öney vom multikulturellen Verein „ImmiGrün“. Für die FDP tritt unter anderem der Chef der Rotkäppchen-Sektellerei Gunter Heise an, für die PDS der Olympiasieger im Kugelstoßen Udo Bayer.

Sie alle können sich in ihrem Wahlverhalten der jeweils entsendenden Partei verpflichtet fühlen, aber auch für sie gilt natürlich, dass die Wahl geheim ist und sie niemandem Rechenschaft schuldig sind darüber, wo sie in der Wahlkabine ihr Kreuz machen. Das hält die Bundesversammlung spannend bis zur Verkündung des Ergebnisses.

Wie läuft die Mitgliederwahl technisch ab? Da ist zunächst die Bundesregierung am Zuge. Sie stellt fest, wie viele Mitglieder die einzelnen Landtage entsenden dürfen. Dazu erfragt das Innenministerium beim Statistischen Bundesamt die exakte Zahl der deutschen Bevölkerung und deren Verteilung auf die Bundesländer. Dann nimmt die Regierung die Zahl der Bundestagsabgeordneten (derzeit 603) und verteilt eine gleiche Anzahl entsprechend der Verteilung der deutschen Wohnbevölkerung auf die verschiedenen Bundesländer. Das Ergebnis wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht – so geschehen Mitte Januar. Länder mit weniger Einwohnern erhalten weniger Plätze, Länder mit vielen entsprechend mehr. Innerdeutsche Wanderbewegungen schlagen sich in diesem Schlüssel von

## Stimmen der Länder bei der Wahl des Bundespräsidenten\*





Gespräche und Planungslisten im Vorfeld der Bundesversammlung.



Bundesversammlung zu Bundesversammlung nieder. Stärker jedoch macht sich die Verkleinerung des Bundestages bemerkbar. Denn seine Größe ist das Maß. So zählte die Bundesversammlung 1999 noch 1.338 Mitglieder, 1994 waren es 1.344. Dieses Mal sind es „nur“ 1.206.

### Ein eingespieltes Team

Wer den Bundespräsidenten mitwählen darf, entscheiden die Landtage. Die endgültigen Namenslisten sammelt dann bei der Bundestagsverwaltung das Tagungsbüro. Hier bilden Paul Thelen und Elfriede Gross-Mathes ein eingespieltes Team. Zusammen haben sie schon eine ganze Reihe von Bundesversammlungen vorbereitet – mit zum Teil großer Unterstützung einiger hundert Kollegen. Denn allein der Hauptablaufplan mit den wichtigsten Punkten umfasst 77 Positionen, die alle im Blick behalten werden müssen. Nacheinander zu erledigen ab Mai 2003 von den Bediensteten in zwei Dutzend verschiedenen Organisationseinheiten allein innerhalb der Bundestagsverwaltung.

Da sind Termin und Ort der Bundesversammlung offiziell festzulegen (erst seit 1979 hat sich der Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 als Tradition durchgesetzt), Kontakte mit beteiligten Behörden und den Sicherheitskräften aufzunehmen und die Mitglieder förmlich einzuladen und mit Informationen zu versorgen. Kontingente in Flugzeugen und Hotels müssen gebucht, die Verkehrslenkung geplant und Räume für die einzelnen

Fraktionen bereitgestellt werden. Zudem ist die Auszahlung der Reisekosten vorzubereiten und auch die Wahlausweise und Wahlkarten müssen gedruckt werden. Und schließlich ist der Plenarsaal herzurichten.

Fernsehzuschauer kennen die Anordnung der Abgeordnetensitze im Plenum. Aber: Am 23. Mai müssen hier nicht nur 603 Mitglieder des Bundestages Platz finden, sondern 1.206 Mitglieder der Bundesversammlung sowie – das ist zumeist unbekannt – auch noch 69 Ersatzmitglieder. Die werden ebenfalls von den Landtagen nach dem Verhältnisschlüssel gewählt und halten sich bereit, für ordentliche Mitglieder einzuspringen, falls sie etwa plötzlich erkranken oder aus anderen Gründen ausfallen. Immer wieder kommt das sogar noch kurz vor Beginn der Wahlgänge vor.

### Tauziehen um die Sitzordnung

Die Bestuhlung muss also nach der letzten Sitzung am 7. Mai binnen kürzester Zeit von 603 auf 1.275 Plätze gebracht werden. Und auch dabei sind im Vorfeld wichtige Fragen zu klären – traditionell entsteht um die Sitzordnung nach der Neuwahl eines Bundestages ein Tauziehen: Wie drückt sich die neue Machtverteilung auch optisch aus? Wie viele Plätze bekommen die einzelnen Fraktionen in der ersten Reihe? Wo werden Gänge zwischen den Stuhlreihen angelegt? All das ist für den parlamentarischen Alltag im 15. Deutschen Bundestag geklärt. Für die 12. Bundesversammlung nicht. Denn nun gelten andere Größenver-

hältnisse: SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen plötzlich nicht mehr die Mehrheit, CDU/CSU und FDP sind deutlich stärker und auch die PDS ist an diesem Tag mit weiteren 29 Vertretern neben den beiden fraktionslosen Parlamentarierinnen präsent. Die Sitzordnung der Bundesversammlung muss also sorgfältig geplant werden.

Auf alle Eventualitäten stellt sich die Bundestagsverwaltung durch minutiöse Planungen ein. An tausend Kleinigkeiten ist dabei zu denken. Dass die Wegweiser durch die Bundestagsgebäude rechtzeitig angebracht sind, dass die Broschüren mit den Informationen über alle Fragen, die die Wahlleute betreffen, korrekt zusammengestellt, rechtzeitig gedruckt und zum richtigen Zeitpunkt ausgeliefert sind. Berge von Dokumenten müssen in exakter Zusammenstellung genau zur richtigen Uhrzeit an fünf verschiedenen Stellen liegen, damit die Mitarbeiter an den Eingängen zu den Fraktionssitzungsräumen alle Mitglieder mit ihren persönlichen Unterlagen versorgen können. Alles nicht nur mal 1.206 plus 69, sondern zur Sicherheit noch ein weiteres Mal in Reserve, falls bis zum Wahlgang das eine oder andere verloren gehen sollte. Nervosität, Hektik und Aufregung in einer fremden Stadt – da bleibt immer mal wieder etwas im Hotelzimmer zurück. Und auch dann soll das deutsche Staatsoberhaupt mit Hilfe der richtigen Unterlagen gewählt werden.

Die gesetzlichen Bestimmungen zur Bundespräsidentenwahl erfordern flinkes wie flexibles Reagieren der Helfer im Hintergrund bis zur allerletzten Sekunde. Und auch noch darüber





Besprechung für den Wahlablauf im Plenarsaal.

hinaus. Denn bekommt kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, folgen bis zu zwei weitere Wahlgänge, bis am Ende die einfache Mehrheit reicht. Und dafür können jeweils wieder neue Kandidaten vorgeschlagen werden. Soll deren Name mit der Hand auf die Stimmkarten geschrieben werden? Natürlich nicht. Also halten die Bundestagsmitarbeiter sich mit einer kompletten Kleindruckerei in nächster Nähe bereit, um so schnell wie möglich liefern zu können.

Keine Theorie – 1994 zum Beispiel wurde daraus Praxis. Und das auch noch unter den Bedingungen eines

Provisoriums. Denn das Reichstagsgebäude war noch nicht umgebaut, das Parlament noch nicht umgezogen. So stand die Druckmaschine im Plenarsaal bereit, als tatsächlich ein neuer Kandidat genannt wurde. Der Direktor beim Deutschen Bundestag, Rudolf Kabel, machte sich persönlich mit seinen Mitarbeitern ans Werk. Sie bildeten eine Kette. Und sobald ein Stapel Stimmkarten aus der Maschine gekommen war, reichten sie die Karten bis zum Tisch vor den Wahlkabinen durch, damit der nächste Wahlgang laufen konnte. Die Mitarbeiterin am Tisch brauchte bald ein Handtuch,

da die Druckerschwärze noch nicht trocken war.

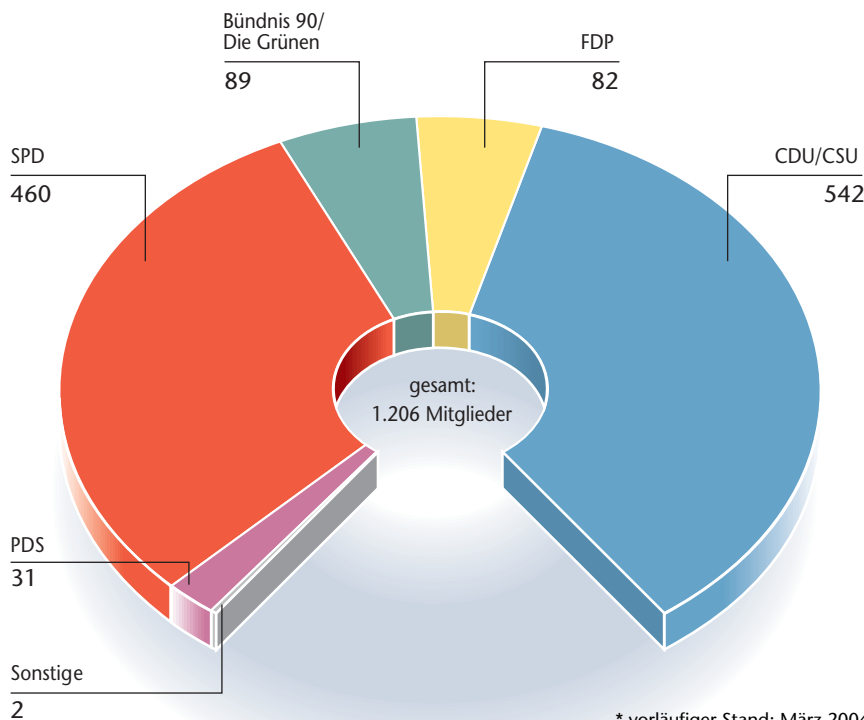
Das Handtuch kann in diesem Jahr im Waschraum bleiben. Es wird keine schwarzen Finger mehr geben. Denn die Laserdrucktechnik hat sich fortentwickelt. Aber auch dieses Mal wird eine Druckdatei vorbereitet sein, in die bei Bedarf nur noch der Name des nachträglich nominierten Kandidaten eingefügt werden muss – und ab geht die Post im benachbarten Paul-Löbe-Haus. Wenn es denn erforderlich wird.

### Sicherheit für 5.000 Menschen

Die Bundesversammlung in Zeiten der Terrorbedrohung – da kann auch die Sicherheit der Mitglieder nicht klein geschrieben werden. Und trotzdem soll der Einlass von vielen hundert Ehrengästen, Botschaftern, Medienvertretern und weiteren Besuchern so reibungslos wie möglich ablaufen. Der bundestageeigene Polizeidienst hat neun verschiedene Ausweise vorbereitet, um den unterschiedlichen Zugangsbedarf der wahrscheinlich rund 5.000 Menschen am 23. Mai im Reichstagsgebäude steuern zu können.

Und wenn dann der neunte Bundespräsident Deutschlands die Wahl annimmt und die zwölfte Bundesversammlung geschlossen wird, dann atmen auch die Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung kräftig durch und widmen sich erst einmal wieder dem Alltagsgeschäft – bis 2008. Ein Jahr vor der dreizehnten Bundesversammlung laufen die Vorbereitungen wieder an.

### Sitzverteilung in der 12. Bundesversammlung\*



## Kurzchronik

Die Bundesversammlungen waren stets nicht nur Bundespräsidentenwahlen, in ihnen kamen auch aktuelle und sich abzeichnende Machtkonstellationen zum Ausdruck, wie folgende Kurzchronik zeigt:

**1949 Theodor Heuss (FDP)** Im zweiten Wahlgang setzt die Koalition aus CDU/CSU und FDP ihre Absprache durch: Die einen stellen den Bundeskanzler, die anderen den Bundespräsidenten. Auf Heuss entfallen 416 Stimmen, auf den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher 312.

**1954 Theodor Heuss (FDP)** CDU/CSU und FDP verfügen mit zwei weiteren Parteien über eine klare Mehrheit. Heuss hat sich aber auch Ansehen über die Koalition hinaus erworben. Die Wiederwahl erfolgt mit 871 von 987 Stimmen. Alfred Weber, von der KPD ohne dessen Zustimmung nominiert, erhält 12 Stimmen.

**1959 Heinrich Lübke (CDU)** Drei Wochen vor der Bundesversammlung tritt Bundeskanzler Konrad Adenauer von seiner Präsidentenkandidatur zurück. Stattdessen wird Ernährungsminister Heinrich Lübke nominiert. Die CDU/CSU liegt mit ihren Stimmen knapp unter der absoluten Mehrheit, hat aber die Unterstützung der Deutschen Partei (DP). Im zweiten Wahlgang entfallen auf Lübke 526 Stimmen, auf den SPD-Kandidaten Carlo Schmid 386, auf den FDP-Kandidaten Max Becker 99 Stimmen.

**1964 Heinrich Lübke (CDU)** Die Große Koalition wirft ihre Schatten voraus. Noch bevor die CDU/CSU Lübke nominiert hat, spricht sich die SPD für eine Wiederwahl aus. Im ersten Wahlgang erhält Lübke 710 Stimmen, FDP-Kandidat Ewald Bucher 123.

**1969 Gustav Heinemann (SPD)** Die sozialliberale Koalition kündigt sich an. Erstmals schlägt sich die FDP auf die Seite der SPD und macht eine knappe Mehrheit im dritten Wahlgang möglich: 512 Stimmen für Heinemann, 506 für den CDU/CSU-Kandidaten Gerhard Schröder.

**1974 Walter Scheel (FDP)** Die Mehrheit für die SPD-FDP-Koalition ist sicher. Der FDP-Vorsitzende und Außenminister Walter Scheel erhält 530 Stimmen im ersten Wahlgang, der CDU/CSU-Kandidat Richard von Weizsäcker 498.

**1979 Karl Carstens (CDU)** Die oppositionelle CDU/CSU hat in der Bundesversammlung die klare Mehrheit. Ihr Kandidat, Bundestagspräsident Karl Carstens, wird im ersten Wahlgang mit 528 Stimmen gewählt, auf die SPD-Kandidatin, Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger, entfallen 431 Stimmen.

**1984 Richard von Weizsäcker (CDU)** Es bleibt bei der absoluten Mehrheit für CDU und CSU. Die FDP unterstützt die Kandidatur des Berliner Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker, und auch die SPD stellt keinen eigenen Kandidaten auf. Der erste Wahlgang ergibt 832 von 1.028 Stimmen für von Weizsäcker, die Schriftstellerin Luise Rinser erhält als Kandidatin der Grünen 68 Stimmen.

**1989 Richard von Weizsäcker (CDU)** Es fehlt eine absolute Mehrheit für die Union. Doch sie verständigt sich mit SPD und FDP auf eine Wiederwahl. Die geschieht mit 881 von 1.019 Stimmen im ersten Wahlgang.

**1994 Roman Herzog (CDU)** Die Koalition aus CDU/CSU und FDP verfügt zwar über die Mehrheit, kann sich aber zunächst nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Nach dem ersten Wahlgang verzichtet der Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen, Jens Reich, nach dem zweiten Wahlgang die FDP-Kandidatin Hildegard Hamm-Brücher. Im dritten Wahlgang entfallen auf den CDU/CSU-Kandidaten Roman Herzog 696, auf den SPD-Kandidaten Johannes Rau 605 und auf den Kandidaten der Republikaner, Hans Hirzel, 11 Stimmen.

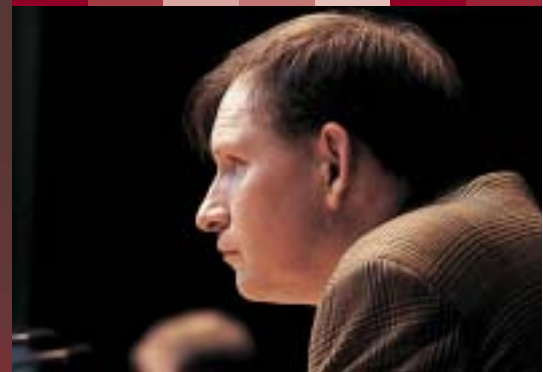
**1999 Johannes Rau (SPD)** SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben nicht die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung. Nach dem ersten Wahlgang nimmt die FDP die Empfehlung an ihre Wähler zurück, gegen den SPD-Kandidaten Johannes Rau zu stimmen. Damit erhält er im zweiten Wahlgang 690 Stimmen, die CDU/CSU-Kandidatin Dagmar Schipanski 572, die PDS-Kandidatin Uta Ranke-Heinemann 62.





TEXT: KATHRIN GERLOF  
FOTOS: STUDIO KOHLMEIER

# Nach den Sternen greifen, das Machbare gestalten



**Der Abgeordnete Peter Hettlich von Bündnis 90/  
Die Grünen flöge vielleicht gern mal per Anhalter  
durch die Galaxis. Aber er bewegt sich auch so an  
einem Tag in vielen verschiedenen Welten.**

**D**as wird ein Sitzungstag. So viel steht schon morgens um sechs Uhr fest. Da ist Peter Hettlich noch ganz allein in seinem Büro, um sich auf die Arbeit vorzubereiten. Eigentlich hatte er sich vorgenommen, frühestens um sieben am Schreibtisch zu sitzen. Aber die Chancen standen von Beginn an schlecht.

Peter Hettlich, 45 Jahre alt, 1,96 Meter groß, ein gebürtiger Kölner, der heute im sächsischen Dahlen in der Nähe von Torgau an der Elbe lebt, ist noch nicht lange im Bundestag. Aber anderthalb Jahre haben genügt, sich eine Menge Arbeit auf den Tisch zu holen. Alles Dinge, die ihn interessieren. Darüber hinaus gibt es noch Leidenschaften, die nicht verloren gehen sollen: die Raumfahrt, die Astronomie, die Suche nach außerirdischer Intelligenz. Nun, Letzteres übernimmt der Laptop im Büro. In Leerlaufzeiten bietet er dem Projekt SETI (Search for Extraterrestrial Intelligence) freie Speicherkapazitäten an, um Signale aus dem All aufzufangen und zu kategorisieren. An der Bürowand, gegenüber dem Schreibtisch, hängt die ganze große Milchstraße auf ein langes Foto gebannt. Lauter Sternenträume.

Aber heute ist Ausschusstag und es geht um die Gestaltung des Machbaren, die Mühen der Ebenen, die kleinen Schritte. Das Machbare hat sperrige Namen. Es heißt Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, Fernstraßenausbaugesetz, Bundes-schieneausbaugesetz. So was treibt einem Tränen in die Augen – zwei Druckzeilen für ein Wort.

Um 9.30 Uhr beginnt die Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Paul-Löbe-Haus, Raum E 600. Der Plan von gestern ist der Plan von gestern. Heute weiß man, dass Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe kommen wird, um über den Stand der Verhandlungen zum Thema Maut zu berichten. Das wird die Gemüter in Wallung und den Journalisten brauchbare Schlagzeilen bringen.

Bis 9.30 Uhr hat Peter Hettlich mit seinen Mitarbeitern den Tagesplan hin und her gewendet. Die Geburtstagsfeier bei der Fraktionskollegin am Nachmittag könnte er schaffen. Die Arbeitsgruppe Gentechnik um 17.30



## 9.30 Uhr:

Sitzung des Verkehrsausschusses.

Uhr? Das sieht schlecht aus. Vielleicht aber gelingt ihm ein Abstecher in die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, wo es heute um das Satellitenprogramm Galileo geht. Das wäre wunderbar, denn der Abgeordnete interessiert sich sehr für das Projekt. Die Frage ist, ob er in den Europaausschuss muss. Das wird er mit seinem Fraktionskollegen besprechen.

Kurz vor halb zehn läuft Peter Hettlich vom Büro zum Verkehrsausschuss. Er macht ziemlich große Schritte – kein Wunder bei dem Gardemaß. Außerdem kann er schnell sprechen. So schnell, dass man sich nicht ablenken lassen darf. In vierzig Sekunden wäre eine halbe Geschichte verpasst. Am Abend wird der Abgeordnete zugeben, dass seine Art zu reden manchmal Verwirrung stiftet. Da hat man sich allerdings schon an die hin und wieder sehr assoziativen Gedankensprünge gewöhnt.

Bevor der Minister in den Ausschuss kommt, kann noch über ein Gesetz zum Seeverkehrsabkommen diskutiert und der Bericht der Bundesregierung gehört werden. Peter Hettlich macht sich Notizen. Von der Besuchergalerie im Sitzungssaal aus ist nicht zu sehen, ob er Begriffe wie Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ausschreibt oder mit eigens gefundenen Abkürzungen notiert. Auf jeden Fall füllen sich die Blätter.

Um 10.40 Uhr kommt der Minister, die Journalisten geraten kurz in Hektik und wollen wissen, was am Abend zuvor bei den Verhandlungen zur Maut erreicht worden ist. Manfred Stolpe redet über den Start, die Kosten, Kernforderungen. Um 11.07 Uhr ist er im Ausschuss, die Türen schließen sich. Um 12.28 kommt der erste Fraktions-sprecher, um ein Statement zum Gehörten abzugeben, ihm folgen die Sprecher der anderen Fraktionen.



## 13.08 Uhr:

Bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Um 12.50 Uhr spricht noch einmal der Minister und dann der Ausschussvorsitzende Eduard Oswald. Die Journalisten sind zufrieden und ziehen ab.

Das war der erste Teil der Ausschusssitzung. Peter Hettlich bestellt ein Auto zur Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Auf dem kurzen Weg dorthin redet er über das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, zu dem er heute eigentlich hätte Bericht erstatten müssen. Nun ist das Thema, der Maut wegen, verschoben worden. Nach sieben Minuten Autofahrt hat der Abgeordnete die Grundzüge des Gesetzes erklärt, die Fallen und Unwägbarkeiten beschrieben, die Positionen der einzelnen Fraktionen erläutert und das Tempolimit beim Reden nicht eingehalten. Es gibt aber auch wirklich eine Menge zum Thema zu sagen.

Um 13.08 Uhr kommt er in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik an und um 13.15 Uhr ist er sich sicher, einen Fehler gemacht zu haben. Was hier erzählt und präsentiert wird, weiß er schon. Außerdem liegen die Redner schlecht in der Zeit, sie haben offensichtlich alle überzogen, so dass der Vortrag, für den sich Peter Hettlich am meisten interessiert, noch gar nicht dran ist. Galileo und Maut – die Themen haben viel miteinander zu tun, schließlich soll das Satellitensystem für das Zahlungssystem genutzt werden. Aber die Anwender- und Marktaspekte sind nicht dran, noch geht es um Herausforderungen, Konzessionen und Kooperationen.

Peter Hettlich bestellt ein Auto für 13.45 Uhr zurück ins Paul-Löbe-Haus. Er weiß nun, dass er erst einmal in den Europaausschuss muss. Mit leichtem

Bedauern schaut er auf den Redner, der schon vor fünfzehn Minuten hätte fertig sein müssen und nun verhindert, dass das nächste Thema aufgerufen wird. „Überzieh nie deine Zeit beim Reden. Eiserne Regel“, sagt der Abgeordnete Hettlich, nimmt seinen gut 15 Zentimeter hohen Mappenstapel und geht zum Auto. Zum Schutz des Galileo-Redners wäre höchstens zu sagen, dass er nur halb so schnell spricht, wie der Abgeordnete.

Um 14 Uhr ist Peter Hettlich im Europasaal des Paul-Löbe-Hauses. Hier beginnt eine Diskussion mit den Delegationen des Ausschusses für die Europäische Union der französischen Nationalversammlung und des Europaausschusses des polnischen Sejm. Es geht um die Zukunft der europäischen Verfassung. Das hat die Gemüter in den letzten Wochen und Monaten sehr beschäftigt.

Um 15.15 Uhr macht Peter Hettlich Tempo im Paul-Löbe-Haus und wechselt zwischen Europa- und Verkehrsausschuss. 15.47 Uhr spricht er dort zum Thema Nahverkehr, über Investitionssummen, Vorfinanzierung, Kosten-Nutzen-Rechnungen. Mit großer Geduld diskutiert man im Ausschuss über die verschiedensten Schienenprojekte, arbeitet sich von Usedom bis an die Alpen, redet über Knotenpunkte, Eisenbahnkreuze, Ausbaustrecken.

Peter Hettlich weiß inzwischen, dass er es nicht schaffen wird, seiner Fraktionskollegin zum Geburtstag zu gratulieren. Die beiden Ausschüsse halten ihn in Trab. Auch die AG Gentechnik wird endgültig abgesagt.

Um 16.28 Uhr sortiert er seine Papiere. Er wird den Verkehrsausschuss gleich verlassen, um wieder in den Europasaal zu gehen. 16.42 Uhr beginnt Peter Hettlich mit den Fingern zu trommeln und mit den Füßen zu scharren. Die Sitzung des Europaausschusses hat bereits vor zwölf Minuten begonnen, aber hier muss noch zu einem Schienenprojekt was gesagt werden: Usedom – die Badewanne der Berliner. Als dies getan ist, durchquert Peter Hettlich die Halle des Paul-Löbe-Hauses, steigt die Treppen zum Europasaal hoch und sitzt 16.58 Uhr auf seinem Platz.



**14.00 Uhr:**  
Sitzung im Europasaal des  
Paul-Löbe-Hauses.

**D**ie nächsten Stunden sind sehr spannend. Günter Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission, berichtet über den Stand der Beitrittsvorbereitungen der zehn Kandidaten, die bald zur EU gehören werden, und über die Fortschritte Bulgariens, Rumäniens und der Türkei auf dem Weg in die Europäische Union. Danach können die Abgeordneten fragen, und das tun sie ausgiebig. Die Fragerunde beginnt um 17.55 Uhr.

Um 18.40 Uhr verlässt Peter Hettlich den Ausschuss. Er will auf jeden Fall noch zum Parlamentarischen Abend des Sports in die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen. Da ist er pünktlich um 19 Uhr. Und da weiß er dann auch, dass er heute Abend noch Zug fahren wird. Nach Leipzig. Er ist gebeten worden, mit Nachdruck, doch zumindest in dieser Nacht und morgen Vormittag zu Hause zu sein. Dafür gibt es einen guten Grund.

Erst einmal aber noch ein parlamentarischer Abend – zumindest eine Stunde lang. Ein paar kurze Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, ein kleiner Moment der Entspannung, dann kommt das Auto und fährt ihn zum Bahnhof. Es ist 20 Uhr. In vier Stunden wird Peter Hettlich Geburtstag haben. Und wenn die Bahn so pünktlich ist, wie sie verspricht, wird er als noch 44-jähriger aus dem Zug steigen. Wie war das gleich mit dem Bundesschiene- wegeausbaugesetz?

**19.00 Uhr:**  
Parlamentarischer Abend  
in der Landesvertretung  
Nordrhein-Westfalen.





# STAPPEL



Haltbare und gut aussehende Stapel zu errichten, ist eine aner kennenswerte Leistung. Stapel neigen dazu, sich selbstständig zu machen, um in einen anderen Zustand des Seins – den des Chaos – überzugehen. In Stapeln können Dinge verschwinden. Wenn nicht alle Zeitschriften den Rücken zeigen, ist keine Ord nung mehr zu erkennen.

Die meisten Stapel entstehen aus der Not. Wenn rechts und links kein Platz mehr ist, wird in die Höhe gebaut. In der Wahrneh mung vieler Menschen bilden viele Akten Berge und viele Papiere Stapel. Und wenn die Menschen das so bezeichnen, meinen sie es meist nicht gut. Büroausstatter leben von dem Verspre chen, Abhilfe schaffen zu können.



Doch größere Dinge, die sich stapeln lassen, verfügen über eine ganz eigne und oft anmutige Ästhetik. Sie sind funktional auf besondere Art und Weise. Stühle, die sich übereinander stecken lassen, Paletten, die Platz sparend und übersichtlich in die Höhe gebaut werden können, Kisten und Kartons, mit denen stabile Türme konstruiert werden, Teller und Tassen, die genormt sind – all das vereinfacht Arbeits- und verkürzt Suchläufe. Hin und wieder werden sie zu gut anzuschauenden Einrichtungsgegenständen und geben einem Raum neue Strukturen. Es lebe die Vertikale, möchte man dann rufen. Denn sie spart uns Zeit und Raum.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier





## Wann war's – wer war's?

Lesen Sie Michael S. Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine Reise nach Berlin. FOTOS: STUDIO KOHLMEIER, PICTURE-ALLIANCE

### Ein edles Ross für den warmen Wurstkessel

Otto von Bismarck mag als Reichskanzler viel für den Bau des Reichstagsgebäudes getan haben – „sein“ Reichstag war es nicht. Seinen berühmten Satz: „Nach Canossa gehen wir nicht“, sprach er nicht hier. Denn als der von Paul Wallot entworfene Bau 1894 der deutschen Volksvertretung übergeben wurde, war Bismarck nicht mehr im Amt. Zu seiner Zeit tagte das Parlament in einem Provisorium in der Leipziger Straße 4, dort, wo heute das Bundesratsgebäude steht.

Der „Reichstag des Norddeutschen Bundes“ saß noch im Gebäude des Preußischen Herrenhauses in der Leipziger Straße 3, einem barocken Stadtpalais, das früher der Familie Mendelssohn Bartholdy gehört hatte. Doch für den „Reichstag des Deutschen Reiches“ war das Herrenhaus zu klein. Deshalb genoss man eine Zeit lang das Gastrecht im größeren, aber ansonsten sehr unzulänglichen Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses in der Leipziger Straße 75. Wenige Tage nach der ersten Sitzung beantragten mehrere Abgeordnete den Bau eines vollkommen neuen Reichstagsgebäudes. Und eine Kommission sollte vorschlagen, wo man bis zur Vollendung eines Neubaus debattieren sollte.

Die Wahl fiel auf das Gebäude in der Leipziger Straße 4, das der königlichen Porzellanmanufaktur gehörte, die ohnehin ihren Umzug vorbereite-

te. Den Parlamentariern gefiel der Vorschlag, nur glaubte die KPM, nicht so schnell ausziehen zu können, wie dies nun gewünscht wurde. Da soll Bismarck gedroht haben, dass er „die Feuerwehr anrücken lassen werde, wenn die Manufaktur sich nicht schleunigst zum Auszug bequeme“. Das saß. Die KPM wich in rekordverdächtiger Zeit



Das provisorische Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße 4.

nach Charlottenburg aus. Und so begann im Juli 1871 der Umbau zum Parlamentslokal. Hunderte von Arbeitern waren beschäftigt, so dass bereits am 16. Oktober der Reichstag in das Provisorium einziehen konnte. Damals ahnten die Abgeordneten noch nicht, dass sie erst 1894, mit der Fertigstellung des Reichstagsgebäudes, wieder ausziehen würden.

Im Laufe der Jahre sammelte das Parlament wertvolle Erfahrungen mit dem Haus, die in das Bauprogramm

für das neue Reichstagsgebäude am Königsplatz, dem heutigen Platz der Republik, Eingang fanden. So wurde die Größe des Plenarsaals wegen der vorteilhaften Akustik beibehalten, auch plante man eine Sitzordnung mit Zwischengängen, die eine übersichtliche Platzierung der Fraktionen ermöglichte.

1899 wurde das provisorische Parlamentsgebäude und das Nachbarhaus in der Leipziger Straße 3 und 4 abgerissen. Am gleichen Ort entstand der Neubau für das Preußische Herrenhaus, das 1904 eingeweiht wurde. Heute dient es als Sitz des Bundesrates. Über den Abriss schrieb der damalige Korrespondent der Frankfurter Zeitung, August Stein: „Das alte Reichstagsgebäude ist in

diesem Herbst auf Abbruch verkauft und in wenigen Wochen – in Berlin arbeitet dieses Spezialhandwerk der Häuserschlächtereier ungewöhnlich schnell – niedergerissen worden ... Man braucht gar nicht sentimental zu sein, um noch jetzt zu bedauern, dass das ehrwürdige alte Reichstagsgebäude pietätlos ausgenutzt und etwa so behandelt worden ist wie ein edles Ross, das schließlich im warmen Wurstkessel des nächtlichen Hausierers endet.“

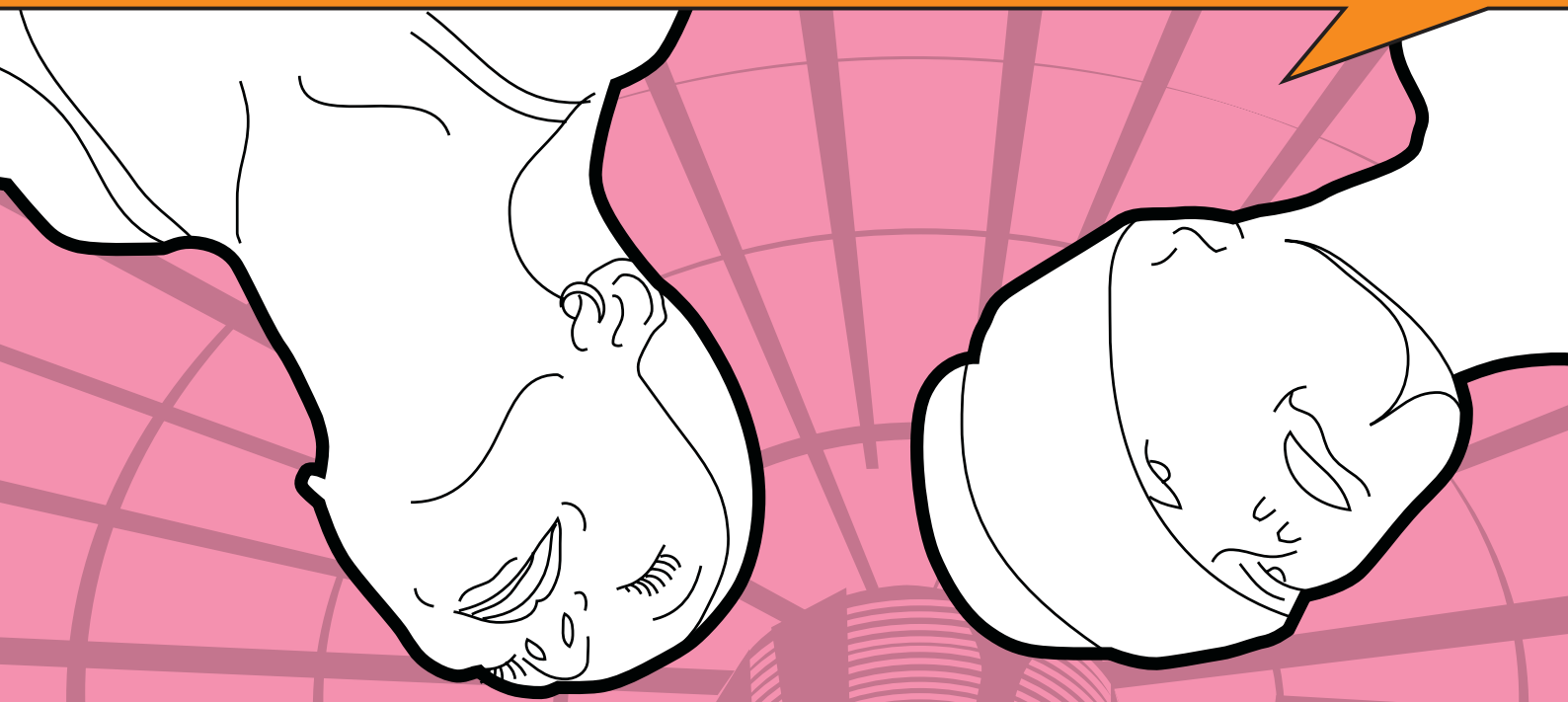
**Die Preisfrage lautet:  
Wann wurde das  
Deutsche Reich gegründet?**

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 7. Mai 2004.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 2/04 lautet: Die Siegestsäule stand auf dem Königsplatz, dem heutigen Platz der Republik. Eine Reise nach Berlin hat Ludwig Quenel aus Pulheim gewonnen.

# 01

# GLASKLAR

EINE BEILAGE ZUM BLICKPUNKT BUNDESTAG



Schwerpunkt:

# IDEEN

Köpfe, Kämpfe, Kreationen –  
Wie das Neue in die Politik kommt



**PORTRÄT:** VIER POLITIKER – VIER WEGE, IDEEN WAHR ZU MACHEN

# Inhalt

## Funken machen Feuer!

Editorial ..... Seite 19

## Die Welt verbessern? Fünf Versuche

Gespräch ..... Seite 20

## Es ist kein Weg zu weit.

Porträt ..... Seite 26

## Sehen, hören, fühlen

Fotostory ..... Seite 28

## Süß, bunt, cool

Umfrage ..... Seite 32

## Trautes Heim, Politik muss sein ...

Homestory ..... Seite 34

## Idee in Fahrt

System ..... Seite 36

## Agenda

..... Seite 38

## Leben ohne Kohle?

Kolumne ..... Seite 39

## Eure Meinung

Fragebogen ..... Seite 40

## Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion:  
Stefan Thomas (Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Idee und Konzept:  
Vito Avantario

Gestaltung:  
Janine Matulla, Oliver Buchal, Claudio Gallio, Claudia Böttcher

Redaktion:  
Vito Avantario, Klaus Lantermann, Dr. Heiko Fiedler-Rauer, Jens Specht  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 650 00-200, Fax: (030) 650 00-222  
E-Mail: lantermann@media-consulta.com

Koordination:  
Herbert Fleischhauer (Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (030) 227-378 68, Fax: (030) 227-365 06  
E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

Druck:  
Jungfer Druckerei und Verlag GmbH, Herzberg am Harz

Redaktionsschluss:  
26. März 2004

Fotos und Grafiken:  
Deutscher Bundestag: S. 39; Frank Hülsbömer: S. 20-25;  
Studio Katz: S. 28-31; Birgit Kentler: S. 36-37; Sinéad Madden: Titel,  
Janine Matulla: S. 34-35; Phalanx Fotoagentur: S. 26-27;  
Picture-Alliance: S. 32

# Funken machen Feuer!

Die Jugend wolle nichts wissen von der Politik. Sie engagiere sich nicht, sie habe keine politischen Visionen, keine Botschaften mehr. Partys, Paraden, hohle Parolen sind ihr wichtiger. Sagen viele.

Shell- und Viva-Studie belegen das Gegenteil: Die Jugend ist politisch. Sie ist es heute. Und sie war es schon immer. Die Jugend aber, so sagen die Studien, fühlt sich nicht von der Politik angesprochen, weil sie die Politiker nicht als die Vertreter ihrer Ideen und Vorstellungen sieht.

*Glasklar* will Jugend und Politik zusammenbringen. Sie ist eine Beilage von BLICKPUNKT BUNDESTAG. Sie soll Jugendlichen Einblicke in den Betrieb des Hauses gewähren und die Arbeit der Parlamentarier zeigen. *Glasklar* will dazu animieren, sich zu engagieren. Denn was Jugendliche heute denken und in Angriff nehmen, kann morgen Wirklichkeit sein. Die Welt wird aus Ideen gemacht.

Für diese Ausgabe trafen sich fünf junge Menschen im TV-Studio des Bundestages. Sie tauschten ihre Vorstellungen darüber aus, wie sie glauben, die Gesellschaft für ihre Ideen gewinnen zu können (Seite 20). Für ihre Überzeugungen kämpfen auch die vier jungen Parlamentarier auf Seite 26. Auch wenn es nicht immer einfach ist, sagen sie. Einfach hat

es auch Martha nicht immer mit ihrem Vater: Günter Nooke, CDU/CSU-Abgeordneter, brütet selbst wenn er zu Hause ist weiter über seinen Ideen. Hin und wieder hilft Martha ihm dabei (Seite 34). Wer etwas erreichen will, muss eben etwas dafür tun. Wer sich informieren, engagieren, einmischen will, findet im Serviceteil der Beilage (Seite 38) Tipps für den Einstieg in die Politik: Er informiert sich bei politischen Jugend-events. Oder macht vielleicht ein Praktikum im Bundestag.

Im Bundestag entstehen täglich neue Ideen. Er ist das politische Zentrum des Landes. Hier werden Ideen geboren. Hier wird über sie geredet. Ideen werden überdacht. Manchmal auch verworfen. Es wird auch darüber gestritten und am Schluss entschieden. Und das muss so sein. Denn nur dort, wo es funkt, kann auch ein Feuer entfacht werden.

Herzlichst,



Ihr Stefan Thomas



## Round-Table-Gespräch

Unsere Teilnehmer:



Sabine Bätzing, 29, Mitglied des Bundestages für die SPD, ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren und Jugend und Sprecherin der SPD-Youngsters.  
[www.sabinebaetzing.de](http://www.sabinebaetzing.de)



Jana Ivanidze, 19, Medizinstudentin, ist diesjährige Siegerin des Bundeswettbewerbs Jugend forscht, Fachgebiet Biologie, und Gewinnerin beim European Union Contest For Young Scientists.



Mari Weiß, 20, ist Initiatorin einer regionalen Servicestelle für Jugendliche in Berlin. Die Organisation unterstützt Jugendliche bei Freizeitprojekten wie Skateranlagen und Graffitiwänden.  
[www.jugendbeteiligung.info](http://www.jugendbeteiligung.info)



Philipp Bieseke, 21, Zivildienstleistender in einem Kinderladen, ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei Amnesty International, Berlin/Brandenburg.  
[www.amnesty-bb.de](http://www.amnesty-bb.de)



Janina Behrens, 23, Medizinstudentin an der Humboldt-Universität, ist seit August 2003 Pressesprecherin von Greenpeace Berlin.  
[www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org)



Felix Heimberg, 29, ist gelernter Werbekaufmann. An der Hanseatischen Akademie absolvierte er das Studium Medienpräsentation und Moderationstechnik. Seit 2001 moderiert er im Fernsehen, bei Events, Messen, Galas und politischen Gesprächsrunden.  
[www.felixheimberg.de](http://www.felixheimberg.de)

# Die Welt verbessern? Fünf Versuche

Ideen haben kann jeder. Sie wahr machen nicht. Fünf junge Menschen trafen sich im TV-Studio des Bundestages zum Gespräch. Es gibt viele Vorstellungen darüber, die Welt zu einem besseren Ort zu machen, fanden sie. Wie aber machen sie es selbst?

Sabine, wie verschaffst du deinen politischen Ideen im Bundestag Gehör?

*Sabine Bätzing (lacht):* Mit Penetranz und Durchhaltevermögen. Ist eine Idee geboren, gehe ich auf Suche nach Mehrheiten, ich muss argumentieren und überzeugen. Klappt es nicht sofort, muss ich dranbleiben. Das ist manchmal frustrierend. Früher oder später aber werde ich erhört.

Welchen Weg muss eine deiner Ideen im Parlament zurücklegen, damit sie Wirklichkeit wird?

*Sabine Bätzing:* Sie entsteht zuerst in meinem Kopf. Ich notiere sie dann, versuche sie in meine Arbeitsgruppe einzubringen und die Kollegen davon zu überzeugen. Habe ich die hinter mich gebracht, muss die Idee in die Fraktion einsickern. Dort müssen über 200 weitere Kollegen eingestimmt werden. Meine Arbeitsgruppe nimmt Gespräche auf – wir infiltrieren sie gewissermaßen mit unserer Idee. Ist das gelungen, formulieren wir dann einen Antrag. Die Idee kommt in einen Ausschuss, später in den Bundestag. Und manchmal wird aus einer Idee sogar ein Gesetz.

Welchen Zwängen bist du bei deiner Arbeit unterworfen?

*Sabine Bätzing:* Es gibt Hierarchien, es gibt Fraktionszwänge, es gibt auch mal Gegenwind von Kollegen, die eine Sache anders sehen. Aber es hilft nichts: Man muss reden, reden, reden. Überzeugen. Durchdringen. Weitermachen. An sich und seine Idee glauben. Nur so geht's.

Janina, gibt es bei Greenpeace auch Hierarchien und Zwänge, die die Karriere einer Idee beeinflussen?

*Janina Behrens:* Nein. Ich habe immer das Gefühl mit meinen Anliegen von älteren Kollegen ernst genommen zu werden. Bei Greenpeace ist der Wert einer Idee nie von dem Alter, Ansehen und Status eines Mitarbeiters abhängig. So habe ich die Arbeit dort kennen gelernt.

Wie erklimmen Ideen bei Greenpeace die Karriereleiter?

*Janina Behrens:* Sie werden erst in loser Runde diskutiert. Wir prüfen, wie neu oder relevant eine Idee ist. Erfahrene Kollegen hören sich meine Ideen an und denken darüber nach. Die bringen eigene Vorstellungen ein. Es entsteht ein lebendiger Austausch, aus dem dann Beschlüsse oder Aktionen werden. Die sind wichtig, damit die Öffentlichkeit einerseits informiert wird und andererseits weiß, wofür wir stehen.





#### Wofür steht Greenpeace?

*Janina Behrens:* Wir sehen uns nicht nur, aber auch als Aufklärer der Bevölkerung. Kürzlich haben wir Pestizide in Gemüse entdeckt. Die Bevölkerung wurde von uns darüber informiert. Sobald eine Sache die Sphäre der Öffentlichkeit berührt, wird unsere Arbeit also politisch. Wir wollen aufklären, aber auch der offiziellen Politik Beine machen.

*Philipp Bieseke:* Man muss nicht Mitglied einer Partei sein, um politisch engagiert zu sein. Ich arbeite für Amnesty International. Wir setzen uns für Menschenrechte ein. Wir gehen in Schulen oder auf die Straße, um die Leute darüber zu informieren, dass Menschen in vielen Ländern Unrecht geschieht. Wir sammeln Unterschriften und schreiben Regierungen an, wir intervenieren, wenn irgendwo Menschen gefoltert oder gar drohen umgebracht zu werden. Da schreiten wir ein. Von daher ist mein Antrieb ganz klar politisch, aber nicht parteipolitisch.

#### Würdest du dich auch in einer Partei engagieren?

*Philipp Bieseke:* Eher nicht. Es gibt sicherlich sehr engagierte und authentische Politiker. Aber manchmal frage ich mich, was in der Politik abgeht? Berufspolitiker unterliegen Interessen, Zwängen, Blockaden, Lobbys. Wie soll auf diese Weise etwas zum Wohle des Bürgers entstehen? Oft, so scheint es, geht es vielmehr um Eitelkeiten und Machterhalt. Es geht nicht immer um die Menschen. Wozu ist Politik aber dann eigentlich da?

*Janina Behrens:* Ich denke, eine Demokratie ist dann funktionsfähig und gesund, wenn alle politischen Organisationen in das System eingebunden sind und darauf einwirken können. Eine Demokratie lebt vom Austausch von Ideen.

**Mari, du bist in der politischen Sozialarbeit engagiert. Welche Idee liegt deinen Projekten zu Grunde?**

*Mari Weiß:* Unsere Arbeit beginnt dort, wo die von Erwachsenen initiierten Projekte aufhören: Unsere Projekte werden von Jugendlichen für Jugendliche angeboten. Wir sind ein Netzwerk von vielen jungen Menschen aus verschiedenen politischen Organisationen, auch Leute von Greenpeace und Amnesty International arbeiten bei uns. Unser letztes Projekt war das „Handbuch für Schülervertreter“. Darin geben wir Tipps und Ideen zur politischen Arbeit im Schulwesen. Da bin ich sehr stolz drauf.

**Warum engagierst du dich nicht in einer Partei?**

*Mari Weiß:* Parteienpolitik ist nicht mein Ding. Die Strukturen sind mir zu eingefahren. Das beeinflusst die Art des Denkens und am Ende auch die Resultate der Arbeit.

**Noch vor drei Jahren hast du davon geträumt, über die Arbeit in einer Partei in den Bundestag zu ziehen ...**

*Mari Weiß (lacht):* Ja, aber dann habe ich die Vorzüge der freien Projektarbeit kennen gelernt. In unserem Netzwerk sind bis zu 500 Jugendliche engagiert. Unsere Arbeit ist produktiv und sie macht Spaß: Wir sind hautnah an den Entwicklungsprozessen beteiligt. Und, vor allem: Wir werden nicht auf eine Ja-Nein-Entscheidung reduziert, sondern begleiten die Projekte bis zum Ende. Wir haben also die Kontrolle darüber, was mit unseren Ideen geschieht.

*Jana Ivanidze:* Das ist wichtig, damit eigene Ideen von anderen nicht verfälscht oder verwässert werden. Ich habe aber für mich entschieden, ich bin erfolgreicher mit der Durchsetzung meiner Vorstellungen, wenn ich nicht politisch arbeite.

**Du bist gewissermaßen der „Exot“ in dieser Runde. Du bist Wissenschaftlerin. Wie politisch aber ist die Arbeit einer Forscherin?**

*Jana Ivanidze:* Ähnlich wie in der Politik unterliegt auch meine Arbeit gewissen Regeln und Zwängen. Da ergeht es mir nicht anders als meinen Gesprächspartnern. Ich habe aber nie von erfahrenen Kollegen zu spüren bekommen, meine Ideen seien naiver, nur weil ich jünger bin. Aber auch ich muss mich durch die Qualität meiner Ideen durchsetzen. Dort, wo Wissenschaft in den Dienst des Menschen gestellt wird, beginnt auch die Arbeit eines Forschers politisch zu sein. Aber ich leiste auf meine Weise auch einen Beitrag zur Gesellschaft. Natürlich aber finde ich die Arbeit von Organisationen wie Greenpeace interessant und wichtig.

**Dort verschmelzen Wissenschaft und Politik miteinander ...**

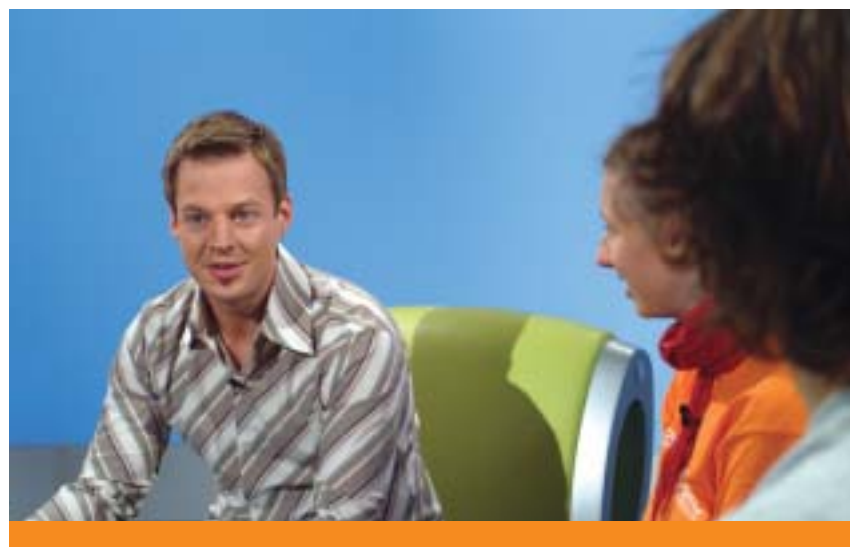
*Jana Ivanidze:* Ja. Aber ich glaube, ich bin effektiver mit meiner Arbeit, wenn ich sie über die Wissenschaft in die Gesellschaft trage und nicht den Umweg über die Politik suche. Im Bundestag unterliegen die Ideen einzelner Politiker oftmals der jeweiligen Fraktionsdisziplin.

*Sabine Bätzing:* Das stimmt. Die muss es aber geben, da wir sonst nicht handlungsfähig sein können gegen andere politische Interessengruppen, wie etwa die Fraktionen der Opposition. Jedem Fraktionsbeschluss aber gehen viele Diskussionen voraus. Manchmal dauern die bis zu sechs Stunden. So entstehen Mehrheiten und daraus wiederum Fraktionsbeschlüsse. An die sollte man sich halten. Das gefällt vielen nicht immer, aber dieses Prozedere muss man lernen. Ohne Fraktionsdisziplin sind die besten Ideen nicht umsetzbar.

*Jana Ivanidze:* Jedes System hat seine eigene Logik. Sich in der Parteienpolitik zu engagieren, ist eine Möglichkeit unter vielen, Dinge zu verändern. Ich glaube, Parteien könnten sich durch Ideen bereichern, indem sie sich auch Wissen und Inspiration von außerparlamentarischen Organisationen einholen.

*Sabine Bätzing:* Das tun wir auch. Die SPD-Youngsters, deren Sprecherin ich bin, holt sich auch Know-how von außen. So haben wir etwa Mitglieder des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) getroffen und mit ihnen diskutiert. Wir versuchen, uns inspirieren zu lassen, Ideen einzuholen. Es wäre meiner Meinung nach auch ein interessantes Projekt, bei der Gestaltung eines Gesetzes die Teilnahme auszuweiten und Jugendverbände dabei einzubinden. Ein Gesetz als Projekt sozusagen.

*Mari Weiß:* Aber hier sind wir wieder bei dem Problem: Wer von Verbänden redet, spricht unbewusst auch von Hierarchien. Ich sehe das so: Verbände sind die Interessenvertreter von Menschen, die sich für eine gleiche Sache einsetzen.



„Unsere Arbeit beginnt dort, wo die von Erwachsenen initiierten Projekte aufhören: Unsere Projekte werden von Jugendlichen für Jugendliche angeboten.“

Mari Weiß





„Sich in der Parteienpolitik zu engagieren, ist eine Möglichkeit unter vielen, Dinge zu verändern.“

Jana Ivanidze

Gesprächspartner der Politiker sind am Ende die Vertreter der Verbände, aber nicht die Menschen an der Basis, die mit ihren Ideen und ihrem Einsatz die Verbände zu dem gemacht haben, was sie sind. Es läuft also wieder auf das Alte hinaus: Nur wer Hierarchien wahrt und Macht hat, hat auch politischen Einfluss.

#### Gibt es auch andere Wege?

*Mari Weiß:* Ja. Ein Beispiel ist das Jugend Forum Berlin. Das findet seit drei Jahren im Abgeordnetenhaus statt. Dort arbeiten Politiker mit Jugendlichen in Teams. Im Rahmen der Arbeit zum neuen Berliner Schulgesetz etwa wurde dort in einer Arbeitsgruppe eine Stellungnahme verabschiedet, die sich später in dem Entwurf zum neuen Schulgesetz wiederfand: Wir haben uns für eine flexible Oberstufe ausgesprochen. In dem Entwurf steht nun drin: Abiturschüler sollten entweder zwölf oder 13 Jahre zur Schule gehen dürfen. Sie sollen wählen dürfen.

#### Eure Ideen haben gefruchtet.

*Mari Weiß:* Ja. Und das, ohne parteipolitisches Hickhack, ohne Zwänge, ohne den Verschleiß, dem Ideen unterliegen, wenn sie Hierarchien durchlaufen. Es geht auch anders.

#### Könnte man diese Form der Arbeit auch in den Bundestag übernehmen?

*Sabine Bätzing:* Es müssen innerhalb eines Parlaments gewisse Regelungen und Vereinbarungen als Konsens der Zusammenarbeit bestehen, das geht nicht anders. Wir Jungparlamentarier fühlen uns jedenfalls von den älteren Kollegen sehr gut unterstützt. Wir bringen frische Ideen ins Haus, das wissen auch die älteren Kollegen. Am Ende aber muss man, egal für welche Art der politischen Arbeit man sich entscheidet, durch seine Ideen und sein Engagement dafür überzeugen. Das tun alle in dieser Runde. Und das ist gut so.



*Hadern. Ärgern.  
Zweifeln.  
Warum diese  
vier Abgeordneten  
dennoch immer  
wieder finden,  
es lohne sich,  
für seine Ideen  
zu kämpfen.*



**Marco Bülow**  
SPD



**Günter Krings**  
CDU/CSU

# ES IST KEIN

**M**arco Bülow (SPD) tut, was auch andere gern tun. Er macht es bloß vielleicht mit mehr Leidenschaft. Auch er engagiert sich für erneuerbare Energien. Die Umweltpolitik ist eine Bastion vor allem junger Abgeordneter seiner Fraktion. Den Journalisten treibt dabei aber vor allem die Idee der Generationengerechtigkeit an: „Die jüngeren Leute haben einfach kein Mitspracherecht, und das nervt mich.“ Aus brisanten Ressorts wie Haushalt und Soziales würden sie ohnehin oft herausgehalten. „Für Entscheidungen, die erst in 20 oder 30 Jahren Auswirkungen zeigen, sind es aber wir und die nachfolgenden Generationen, die die Zeche werden zahlen müssen“, sagt er.

Über Schülervvertretung und Studierendenparlament kam er vor elf Jahren zur SPD. Die Arbeit an der Basis gefiel ihm, weil sie ein breites Spektrum an politischem Einsatz erlaubte. Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die bei ihrer Arbeit oftmals das Detail sehen, dabei aber den Blick fürs Ganze verlieren. Die Diskussion in der Fraktion komme zwar manchmal einem Kampf gegen Windmühlen gleich. Doch davon lässt sich Bülow nicht abschrecken: „Wenn ich kämpfe, werde ich auch ernst genommen.“ Gerade als junger Abgeordneter dürfe man sich nie einschüchtern lassen. Schon gar nicht von den alten Hasen.

**I**n der Politik gäbe es viele, die keine Experten, und Experten, die keine Politiker seien, sagt Günter Krings (CDU/CSU). Er begann, sich in die Politik einzumischen, weil ihn das ärgerte. „Entweder ich steuere im Kleinen, also etwa in einer Firma, alles oder in der großen Politik nur etwas. Ich habe mich für den zweiten Weg entschieden, weil die Themen die brisanteren sind“, sagt der Jurist.

Er hatte keine zündende politische Idee, auf die die Welt wartete. Aber wer hat die schon. Er arbeitet sich lieber geduldig in Themen ein, um die richtigen Schlüsse ziehen zu können. Halbbares mag seine Art der Politik nicht vertragen.

Eigene Vorschläge kämen bei der Suche nach Kompromissen zwischen den Politprofis oft unter die Räder. „Niederlagen aber gehören zum Geschäft“, sagt Krings. Erfolge aber auch: Im Urheberrecht etwa finden sich konkrete Formulierungen von ihm. Er sagt: „Wichtig ist zu wissen, in welche Richtung es gehen soll. Ohne Ziel ist jede Richtung falsch.“ Günter Krings weiß, was er will. So klingt auch sein Wahlkampf motto: „Wir krings hin!“



**Anna Lührmann**  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



**Christoph Hartmann**  
FDP

# Weg zu weit.

**N**och nie hat es im Bundestag eine Jüngere gegeben: Anna Lührmann (Bündnis 90/Die Grünen) kam direkt vom Gymnasium in den Plenarsaal. Mit dem Vorschlag, die europäische Verfassung am Europafeiertag, dem 9. Mai, unterzeichnen zu lassen, hat sie bereits eine eigene Idee zu einer gesamtgrünen Fraktionsposition vergolden können. Wie die meisten jungen Kollegen aus anderen Fraktionen musste auch sie feststellen, wo die Grenzen ihres Einflusses für sie liegen. „Bei den großen Themen wie Rente und Gesundheit ist es als junge Abgeordnete sehr viel schwerer, eigene Vorschläge durchzukriegen“, sagt sie.

Bevor die Studentin den Bündnisgrünen beitrug, engagierte sie sich in Umweltgruppen und der Grünen Jugend. Seit sie in Berlin ist, sieht sie einiges von dem, was sie damals mitgetragen hat, anders. Eine ihrer Forderungen von früher etwa war, Reiche und Unternehmen höher zu besteuern. „Ich habe mich gefragt, warum kriegen die Politiker das nicht hin? Heute weiß ich, es geht nicht so einfach. Viele würden dann ihr Geld im Ausland anlegen.“ Dennoch hält sie das Engagement von Nichtregierungsorganisationen und Verbänden für sehr wichtig. „So entsteht Druck auf die oftmals ‚kleinteilige Arbeit‘ der Politik“, sagt Lührmann.

**A**ls Christoph Hartmann (FDP) den ersten eigenen Antrag für die Liberalen schreiben wollte, ahnte er nicht, worauf er sich einließ: Es ging um „Steinkohleabbaustopp unter bedrohten Gebieten.“ „Ich musste mich mit jedem, der damit etwas zu tun hatte, zusammensetzen.“ Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Energie, Wirtschaft und Umwelt, die betroffenen Landesvorsitzenden und die einzelnen Landtage mussten ins Boot geholt werden, bevor etwas zu Papier gebracht wurde. „Politik ist dann effektiv, wenn Entscheidungen getroffen werden. Leider aber sind viele Abstimmungsprozesse total ineffektiv“, sagt der Diplom-Kaufmann.

Solange er den Wissensvorsprung der Kollegen nicht aufgeholt hat, will er sich zurückhalten mit seinen Ideen. „Ich muss mir Kompetenzen erst aufbauen, bevor ich mit meinen Ideen den großen Zampano spielen kann“, sagt er. Die Politik funktioniere wie der Stall eines Rennfahrers. „Viele Hände arbeiten am Fahrzeug, an der Strecke und der Strategie des Rennens mit. Das Auto über die Linie bringt aber immer noch der Fahrer selbst.“



# sehen

Im Dunkeln lässt sich's gut munkeln. Doch dem traut man nicht. Nur wer sich zu erkennen vermag, verdient Vertrauen. Wer durch die Kuppel des Reichstages die Innereien des Bundestages schaut, wie die Hellseherin, erkennt, hier sind zwar keine Wunderwerke. Dafür aber Realisten, die wissen, wohin das Land in Zukunft geht. Ist das nichts?

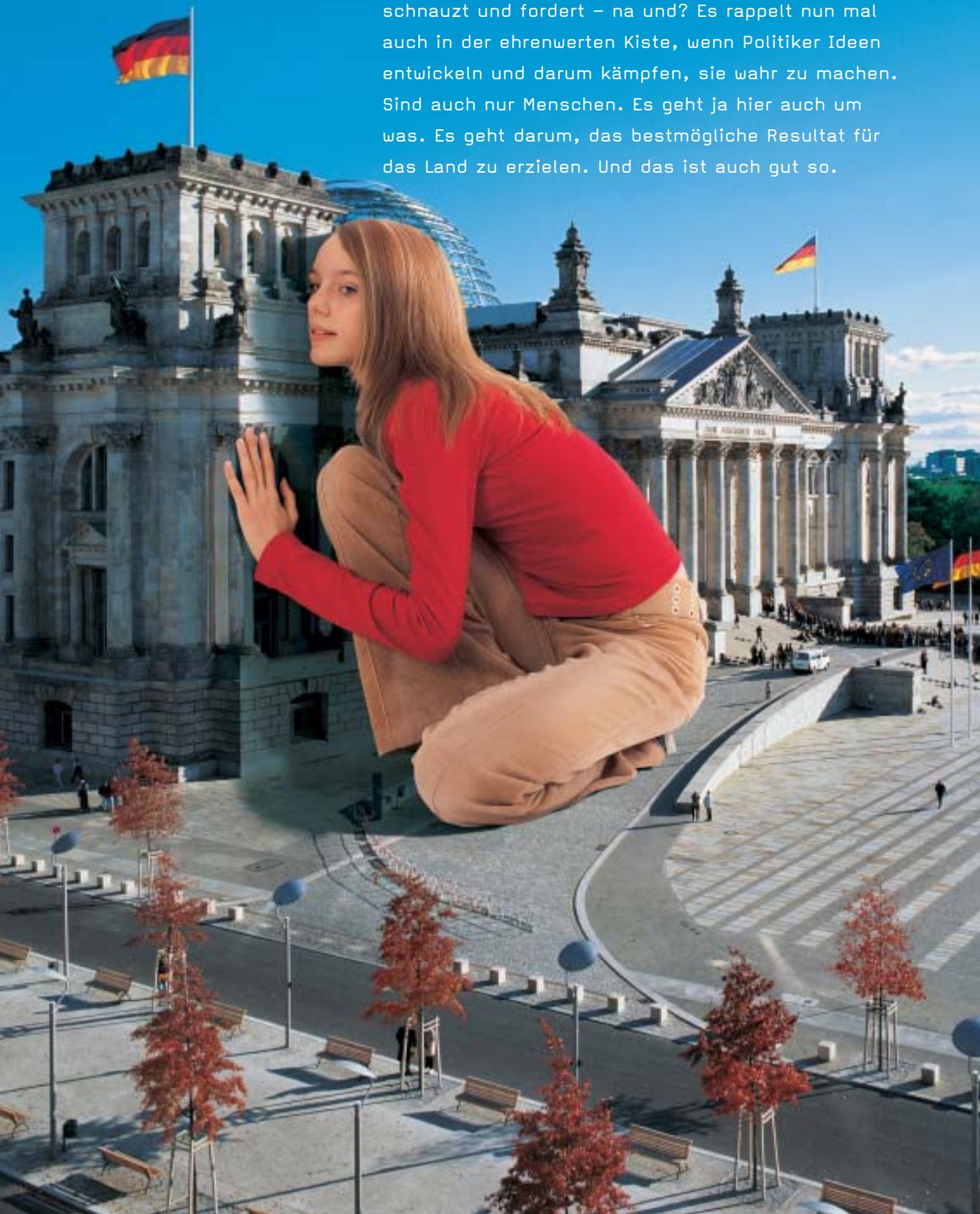
# Er lebt

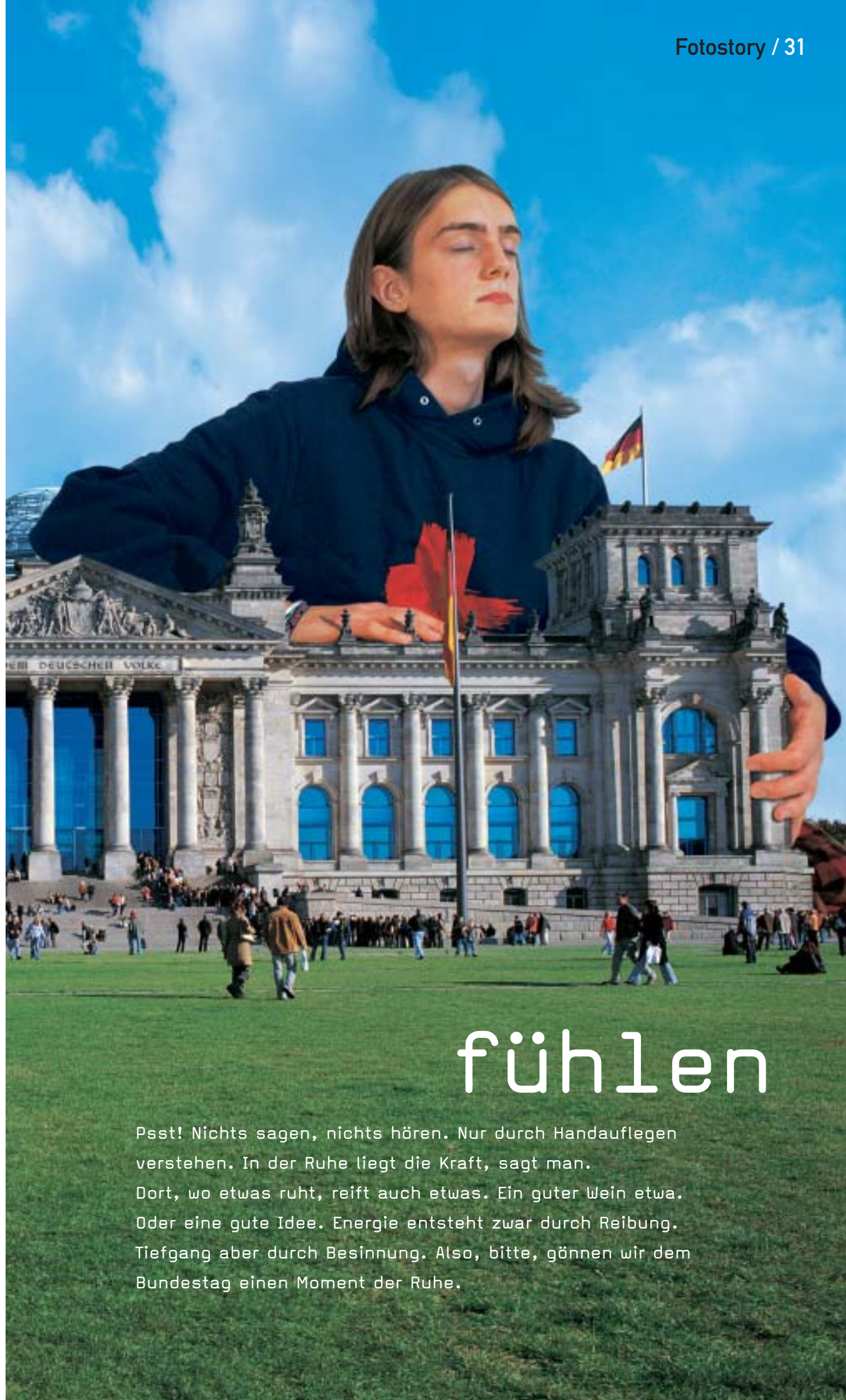
wer zu viel munkelt,  
nen gibt, schafft  
tagsgebäudes in  
in die Kugel einer  
ahrsager am  
in die Reise des

Wo Politiker zusammenkommen,  
wo sie reden und streiten,  
wird Energie freigesetzt.  
Der Bundestag ist nicht nur  
politisches Zentrum. Er ist  
auch emotionales Kraftwerk  
des Landes.

# hören

Es schnauft. Es stöhnt. Es seufzt. Es schimpft, schnauzt und fordert – na und? Es rappelt nun mal auch in der ehrenwerten Kiste, wenn Politiker Ideen entwickeln und darum kämpfen, sie wahr zu machen. Sind auch nur Menschen. Es geht ja hier auch um was. Es geht darum, das bestmögliche Resultat für das Land zu erzielen. Und das ist auch gut so.





# föhlen

Psst! Nichts sagen, nichts hören. Nur durch Handauflegen verstehen. In der Ruhe liegt die Kraft, sagt man. Dort, wo etwas ruht, reift auch etwas. Ein guter Wein etwa. Oder eine gute Idee. Energie entsteht zwar durch Reibung. Tiefgang aber durch Besinnung. Also, bitte, gönnen wir dem Bundestag einen Moment der Ruhe.



# SÜß, bunt cool

Sie sind süß, bunt, cool und haben jede Menge Umdrehungen. Jetzt berät der Bundestag über eine Sondersteuer auf Alcopops, um besonders Jugendliche vom Konsum der hochprozentigen Mixgetränke abzuhalten.

Alcopops gibt es seit 1995. Es sind süße, manchmal auch fruchtige synthetische Mixturen, die meist in 275-Milliliterflaschen verkauft werden. Eine Flasche enthält im Schnitt so viel Alkohol wie zwei Gläser Schnaps. In der Diskussion sind sie seit verganginem Sommer, weil ihr Absatz durch geschickte Werbe- und Marketingstrategien stark angestiegen ist.

Jeder kennt das Schild an der Supermarktkasse, dass alkoholische Getränke an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nicht abgegeben werden. Für hochprozentige Getränke liegt die Grenze sogar bei 18 Jahren. Allerdings werden Alcopops besonders von jüngeren Jugendlichen gekauft und getrunken. Der Erfolg der Mixgetränke ist kein Geheimnis: Coole Werbung, knallige Farben und der durch die Süße kaum noch spürbare Alkoholgeschmack machen sie so beliebt. Vor allem Mädchen lieben den fruchtigen Geschmack.

Nun berät der Bundestag über eine „gesundheitsbezogene Sondersteuer“ von rund 84 Cent pro 275-Milliliterflasche. Damit würde sich der Preis pro Flasche nahezu verdoppeln. In Frankreich und in der Schweiz ist der Umsatz dieser Getränke durch die Preiserhöhung extrem zurückgegangen. Sehr zum Ärger der Hersteller und der Werbeindustrie. Der Gesetzentwurf sieht zugleich vor, eine Mindestverkaufsmenge von 17 Zigaretten pro Schachtel festzuschreiben und die kostenlose Abgabe von Zigaretten zu verbieten. Damit wären die kleinen Verkaufspackungen und die so genannten Geschenkpakungen aus dem Rennen, die häufig für Werbefeldzüge in Kneipen und Clubs genutzt werden, um Einsteiger oder Umsteiger von einer Marke auf die andere zu ermutigen. Das Gesetz soll zum 1. Juli in Kraft treten. Zuvor wird der Entwurf in den Fachausschüssen und im Bundestagsplenum noch gründlich besprochen.

Kathrin Gerlof





## Hin und wieder ein Luxus

So etwas per Gesetz zu regeln, ist eine Bevormundung. Besser wäre, wenn sie die Kontrollen in den Geschäften verschärfen. Es ist ja absolut kein Problem, Alkohol zu kaufen, selbst Jugendliche unter 16 schaffen das. Ich finde Alcopops sowieso schon zu teuer und sie schmecken mir nicht. Zu süß. Ich glaube, Mädchen mögen das mehr. Aber die Flaschen sehen gut aus und man empfindet es hin und wieder als Luxus, so etwas auf einer Party zu trinken. Jugendliche, die Alcopops trinken, wissen übrigens ganz genau, dass da Alkohol drin ist, auch wenn der Geschmack überdeckt wird.

Robert Pätzold, 18 Jahre, Schüler

## Schmeckt wie Sprite



Leisten kann ich mir das Zeug schon jetzt nicht, aber wenn ich es in die Hand kriege, trinke ich es ganz gern. Schmeckt wie Sprite. Eigentlich ist mir das mit dem Gesetz egal. Aber wenn ich höre, dass schon Zehnjährige Alcopops trinken, macht es ja vielleicht doch Sinn. Ich denke nur, wer an Alkohol will, wird sich den auch besorgen können. Und selbst wenn Alcopops verschwinden, wird es noch eine riesige Auswahl geben. Also muss letztendlich jeder selbst entscheiden. Wie bei allen Drogen.

Sebastian Irling, 17 Jahre, Schüler



## Früher hat man sich das selbst gemixt

Ich finde Alcopops zu süß. Mir ist es also egal, ob sie verschwinden oder nicht. Aber ich glaube, wenn man etwas richtig verbietet, würde es einen Schwarzmarkt dafür geben. Der Preis ist für Jugendliche natürlich wichtig. Was zu teuer ist, kann man sich eben nicht leisten. Aber früher hat man sich solche Getränke selbst gemixt. Vielleicht kommt das dann wieder in Mode. Was mit dem Gesetz nicht geändert werden kann, ist doch, dass jeder sich Alkohol besorgen lassen kann. Die Kontrolle in den Läden ist lächerlich.

Leo Puttich, 17 Jahre, Schüler

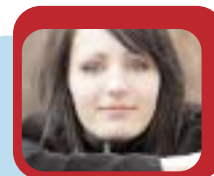
## Was haltet Ihr von dem Gesetz?

### Gefällt mir so und so nicht



Ich habe gelesen, dass mehr Jungs als Mädchen Alcopops trinken. Wenn das Zeug mehr kostet, werden es weniger kaufen. Letztendlich finde ich es egal, ob Jugendliche diese oder andere alkoholische Getränke konsumieren. Es gefällt mir so und so nicht, wenn es jemand tut, um betrunken zu werden. Ich mag den Geschmack von Alkohol überhaupt nicht, deshalb sind Alcopops die einzigen Getränke, die ich hin und wieder auf einer Party trinke. Und was das Gesetz angeht: Ich finde, sie sollten die Werbung für solche Sachen verbieten. Die suggeriert doch, wenn du das trinkst, hast du Erfolg, gute Laune und deine Probleme lösen sich von allein.

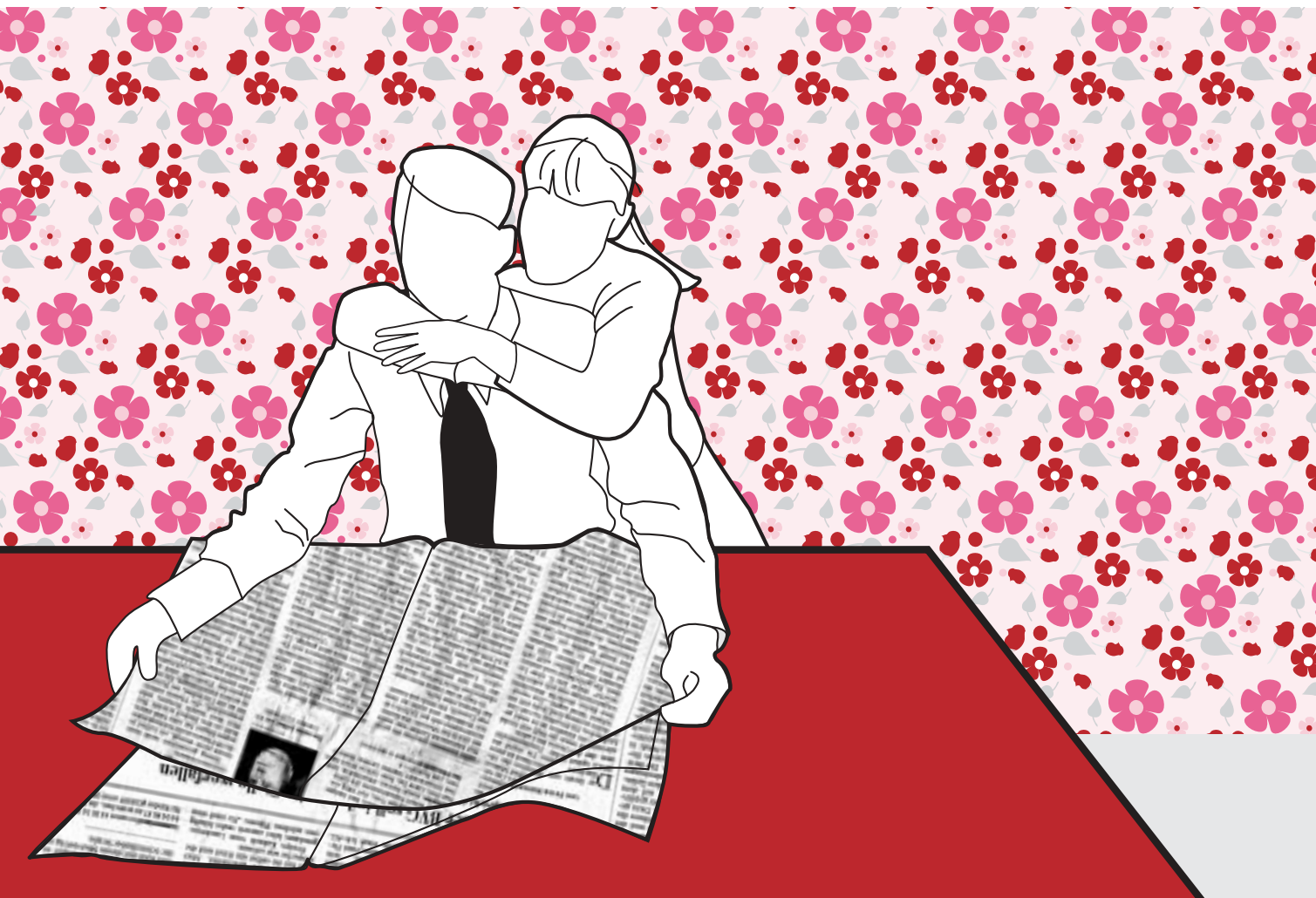
Julä Bartecki, 18 Jahre, Schülerin



### Sehen nun mal edel aus

Wer sie haben will, bekommt sie auch im Laden oder lässt sie sich besorgen. Ob ein Gesetz da Abhilfe schaffen kann, weiß ich nicht. Aber vielleicht schreckt der Preis ja dann wirklich ab. Allerdings sind diese Getränke im letzten Sommer wirklich ein Renner gewesen. Die Flaschen sehen toll aus und edel, richtig luxuriös. Dann noch diese Werbespots, in denen es nur gut aussehende junge Leute gibt. Und in den Läden stellen sie die Alcopops bewusst in die Quengelzone, wo Süßigkeiten und Knabbereien liegen. Einfacher kann es einem nicht gemacht werden.

Tina Rösler, 17 Jahre, Schülerin



Martha und Günter Nooke: ein politisches Duett.

## Trautes Heim, **Politik muss sein ...**

... aber nicht immer, findet Martha Nooke. Wenn ihr Vater Günter über einer Idee brütet, dann tut er das schon mal im Wald. Oder in seiner Werkstatt. Und manchmal auch mit Martha zu Hause. Aber nur, wenn sie Lust dazu hat.

Politiker schalten nicht ab. Martha Nooke ist 20 Jahre und hat im letzten Herbst begonnen zu studieren. Ihr Vater ist Abgeordneter im Bundestag. Eine Arbeit, die er nicht im Büro lässt, wenn er nach Hause geht.

Darüber zu reden, wie ein Tochterleben ist, wenn der Vater in der Politik arbeitet, ist komisch für Martha. Warum sollte dieses Leben sich denn vom Leben anderer 20-Jähriger unterscheiden? Aber in der Wahrnehmung anderer ist es schon ein Unterschied. Da ärgert sich Martha, wenn sie hört: „Das da ist die Tochter von Günter Nooke, dem CDU-Politiker.“ Es wäre einfacher, wenn sie Schmidt hieße. Nooke ist ein seltener Name. Am meisten ärgert sich Martha, wenn ihr jemand sagt, was ihr Vater richtig oder falsch gemacht haben soll. „Ich will nicht auf die Person meines Vaters reduziert werden. Ich will seine Meinungen und seine Positionen weder rechtfertigen noch vertreten“, sagt sie.

In der Familie war sein Lieblingsthema schon immer die Politik. Günter Nooke, ein ehemaliger DDR-Oppositioneller, arbeitet sieben Tage in der Woche. So jemand kommt abends spät nach Hause und schaltet als Erstes die Nachrichten an. Der liest selbst Sonntags Zeitungen. Das Familienleben hat bisher darunter nicht gelitten. Aber es gibt auch Momente, wo Martha keine Lust hat, beim Abendessen über Politik zu reden. Dann schaltet sie ab. Und auch das wird akzeptiert.

Nooke entwickelt Ideen oft im Gespräch mit seiner Ehefrau. Die schreibt er dann auf – oft zu Hause, wo er mehr Ruhe hat als bei der Arbeit: „Nachdenken kann ich am besten, wenn es um mich herum aufgeräumt ist, also selten. Oder im Freien, zum Beispiel beim Pilzesuchen.“ Ein Rückzugsort zum Denken sei für ihn auch die alte Tischlerwerkstatt in seiner Lausitzer Heimat, sagt er. Dahin fährt die Familie, so oft es möglich ist. Vor 1989, als die Nookes noch in Forst in der Lausitz lebten, war politisch aktiv zu sein für ihn schwerer als heute. Für die Kinder allerdings war es aufregend – die Demonstrationen, die Veranstaltungen in der Gemeinde, der Zusammenhalt zwischen Gleichgesinnten. Einmal hat sich Martha mit ihrer Schwester in der Badewanne Protestsongs ausgedacht und sie dann den Eltern vorgeschmettert. Damals war der Bart des Vaters drei Mal so lang wie heute und Anzüge trug er nur selten. „Heute gibt es Situationen, da bin ich stolz auf meinen Vater, und es gibt Dinge, über die will ich mich mit ihm streiten“, sagt Martha. Stolz ist sie auf ihn, weil er zu DDR-Zeiten Bürgerrechtler war. Auch seine Arbeit im Brandenburger Untersuchungsausschuss zu Manfred Stolpes Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit fand sie gut und auch, dass er in der Fraktion Sprecher für die neuen Bundesländer war.

Wenn Günter Nooke über einer Idee grübelt oder an Konzepten und Projekten arbeitet, empfindet er es als Vorteil, Naturwissenschaftler zu sein. Er ist Physiker. „Physiker denken strukturiert und finden sich in komplexen Systemen zurecht. Auch in der Politik schadet es nicht, scharf nachzudenken, wenn man ein Problem lösen will“, sagt er.

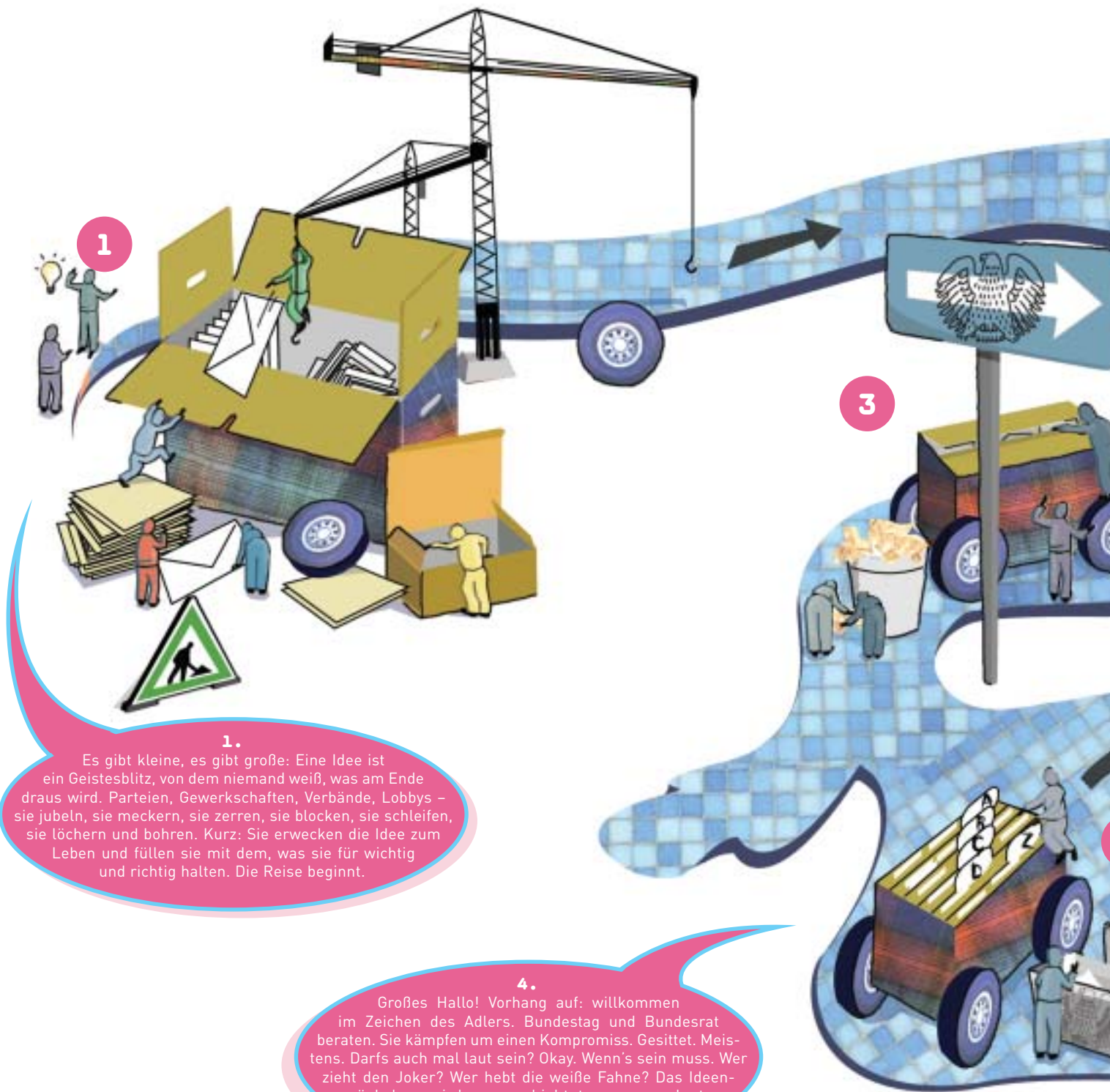
Martha schätzt ihren Vater, weil der tut, wovon er überzeugt ist. Und wenn sie glaubt, dass er von dem, was er macht, nicht überzeugt sein kann, streitet sie auch mal mit ihm. Die 20-Jährige studiert Politikwissenschaft, Alte Geschichte und Religionswissenschaften. Sie hat sich zwar schon immer in Schule und Kirche engagiert. Und das soll auch so bleiben. Berufspolitikerin aber will sie nicht werden. Ihr Vater ist allerdings nicht hellauf begeistert darüber, dass seine Tochter Politikwissenschaften studiert, aber es sei ihr Leben und ihre Entscheidung, sagt er. Die Politikwissenschaften aber, das hat Günter Nooke ihr dann doch mitgegeben, habe mit Politik genauso viel zu tun, wie die Druckerschwärze mit dem Inhalt der „Zeit“.

„Zu Hause soll er Familienvater und nicht Bundestagsabgeordneter sein“, sagt Martha. Wenn Günter Nooke Zeit hat, möchte er manchmal spontan etwas unternehmen. Dann muss er damit leben, dass gerade die Familie keine Zeit hat. Unverdrossen schenkt er jedes Weihnachten ein neues Brettspiel. Das sei eine schöne Sache, findet Martha, auch wenn niemand in der Familie gut verlieren könne. Aber die Spiele sind ein guter Ausgleich für ihn zum Politalltag. Sport wäre eine andere Möglichkeit um abzuschalten, aber da ist Günter Nooke vorsichtig: „Ich spiele im Winter gern mal Eishockey auf einem der vielen Seen und Teiche in Brandenburg. Hin und wieder skate ich auch mal, doch da ist die Gefahr zu stürzen hoch, bei meinem Können und Gewicht ... lieber fahre ich Rad.“ Dabei kann er auch entspannter über seine Ideen nachdenken. Kathrin Gerlof



# Idee in Fahrt

Eine Reise, die ist lustig. Eine Reise, die ist schön. Aber nicht nur. Von einer Idee zum Gesetz – eine Abenteuerrallye.



1

1.

Es gibt kleine, es gibt große: Eine Idee ist ein Geistesblitz, von dem niemand weiß, was am Ende draus wird. Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Lobbys – sie jubeln, sie meckern, sie zerren, sie blocken, sie schleifen, sie löchern und bohren. Kurz: Sie erwecken die Idee zum Leben und füllen sie mit dem, was sie für wichtig und richtig halten. Die Reise beginnt.

3

4.

Großes Hallo! Vorhang auf: willkommen im Zeichen des Adlers. Bundestag und Bundesrat beraten. Sie kämpfen um einen Kompromiss. Gesittet. Meistens. Darfs auch mal laut sein? Okay. Wenn's sein muss. Wer zieht den Joker? Wer hebt die weiße Fahne? Das Ideenpäckchen wird umgeschichtet, neu geordnet. Die Idee ist zu einem Gesetz gereift.

2

**2.**  
Es geht voran. Wohin ihre Reise die Idee verschlägt, weiß niemand. Hauptsache vorwärts. Wo aber ist vorwärts? Aus einer einzigen Idee ist ein Paket von Ideen geworden. Alle reden, streiten und kämpfen. Andere bremsen, weil sie die Idee verhindern wollen. Und überhaupt: Dieses Paket ist überladen, schlecht verschlossen. Und hat sich zudem verirrt.



3.

Sackgassen, Einbahnstraßen, verwirrende Beschilderungen: eine Idee zu haben, ist simpel. Sie zu verwirklichen, die wahre Kunst. Experten müssen ran: Die guten Ideen kommen ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Aus dem Paket ist ein kompaktes Päckchen geworden. Ab gehts. In den Bundestag damit – als Gesetzesinitiative.

5.

Wie war noch die ursprüngliche Idee? Was ist aus ihr geworden, wenn sie am Ende den parlamentarischen Bereich verlässt? Es wundern sich einige. Andere nicht. Hauptsache, es ist ein Gesetz herumgekommen, das den Menschen dort draußen dient. Puuh! Geschafft. Herr Bundespräsident, übernehmen Sie!

4



5

**Bis 31. Dezember 2004****Anne Frank – eine Geschichte für heute**

Das Anne-Frank-Zentrum in Berlin zeigt die Dauerausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“. Die Ausstellung erzählt die Geschichte des Holocausts am Beispiel Anne Franks und ihrer Familie. Hörstationen, interaktive Module und Filme regen zu einem aktiven Dialog über Geschichte und Gegenwart an. Die Ausstellung wird im Jahr 2004 auch an 16 verschiedenen Orten in Deutschland gezeigt. Den Tourenplan der Wanderausstellung findet ihr auf der Internetseite.

→ Anne-Frank-Zentrum  
Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin  
www.annefrank.de

**Jetzt online****do the right thing**

Von A wie Außenseiter bis Z wie Zivilcourage: Unter dem Titel „Do the right thing – Filme für ein tolerantes und gewaltfreies Miteinander“ steht jetzt eine Filmliste für Kinder und Jugendliche im Netz mit 100 Empfehlungen von Filmjournalisten und Medienpädagogen. Aus dem aktuellen DVD- und Videoangebot werden interessante Filme verschiedener Genres vorgestellt, die es zu entdecken gilt. Die Filme fördern die Auseinandersetzung, Diskussion und Kommunikation über Konflikte, Gewalt und Vorurteile.

→ Infos unter [www.top-videonews.de](http://www.top-videonews.de)

**Bis 14. Mai 2004****Netzolympiade**

Die Netzolympiade ist eine bundesweite Internetaktion vom 15. April bis 14. Mai 2004 für Kinder und Jugendliche. In verschiedenen „Internetdisziplinen“ wie Webradio, Webzeitung oder Bildbearbeitung messen sich acht mitspielende Regionen und Städte miteinander und kämpfen um die Medaillen. Ziel des Projekts ist die Förderung von Medienkompetenz. Die Aufgabenstellung der einzelnen Disziplinen beinhaltet vor allem eine kreative Erkundung des Lebensumfeldes der Teilnehmenden. Die Teilnahme wird in verschiedenen Medienzentren und Jugendeinrichtungen angeboten.

→ Infos unter [www.jugend.info](http://www.jugend.info)

**Sommer 2004****Trucktour für das Nichtrauchen**

Auch dieses Jahr tourt der Showtruck der Informationskampagne „Feel free to say no“ durch Europa. Mit an Bord: Jede Menge Show-Einlagen und Informationen, mit denen die Europäische Kommission klar machen will, warum Nichtrauchen cool ist. Bei über 30 Stopps in Europa kommt der Truck bestimmt auch in eure Nähe. Genaue Informationen über die Kampagne sowie Termine in Deutschland finden sich unter [www.feel-free.info](http://www.feel-free.info).

**4. bis 7. Mai 2004 und  
26. bis 29. September 2004****Wettbewerb „Europa in der Schule“**

Dieser Wettbewerb wird in allen Ländern der Europäischen Union für Schülerinnen und Schüler sowie junge Auszubildende durchgeführt. Die Teilnehmer setzen sich in schriftlichen oder bildnerischen Arbeiten mit europäischen Themen auseinander.

→ Deutscher Bundestag, Besucherdienst  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)  
[hans-henner.becker@bundestag.de](mailto:hans-henner.becker@bundestag.de)

**1. bis 30. Juni 2004****Sozialer Tag**

Rasen mähen, Brötchen verkaufen oder beim Nachbarn malen. Am Sozialen Tag sucht sich jede Schülerin und jeder Schüler seinen Arbeitsplatz selbst aus und geht nicht zur Schule. Ihren Lohn spenden die Jugendlichen dann „Schüler Helfen Leben“ und damit den Jugendlichen auf dem Balkan.

**Niedersachsen, Schleswig-Holstein,  
Bremen, Hamburg und Berlin;**

→ Schüler Helfen Leben  
Friedrichstr. 7, 24534 Neumünster  
[www.sozialertag.de](http://www.sozialertag.de)  
[info@schueler-helfen-leben.de](mailto:info@schueler-helfen-leben.de)

**2. bis 4. Juni 2004****12. Deutscher Jugendhilfetag**

Der 12. Deutsche Jugendhilfetag (DJHT), einer der größten Fachkongresse mit Fachmesse in Europa, findet vom 2. bis 4. Juni in Osnabrück statt. Veranstalter ist die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), der

bundesweite Zusammenschluss von Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Es werden bis zu 30.000 Besucher erwartet. Angesprochen sind neben Fachleuten der Kinder- und Jugendhilfe, Politikern und Wissenschaftlern vor allem auch Jugendliche.

→ Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Projektbüro 12. DJHT  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
[www.jugendhilfetag.de](http://www.jugendhilfetag.de)

**18. September 2004****Kindertag im Bundestag**

Kinder von 6 bis 14 Jahren können mit mindestens einer Begleitperson an einem Vortrag auf der Tribüne des Plenarsaals und/oder an einer Führung durch das Reichstagsgebäude teilnehmen.

→ Deutscher Bundestag, Besucherdienst  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)  
[hans-henner.becker@bundestag.de](mailto:hans-henner.becker@bundestag.de)

**26. bis 28. September 2004****Jugend und Parlament**

Im Rahmen der dreitägigen Veranstaltung „Jugend und Parlament“ sollen Jugendliche in Gesprächen mit Abgeordneten die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages und durch eigene Diskussionen in thematischen Arbeitskreisen parlamentarische Abläufe und Entscheidungsprozesse kennen lernen.

→ Deutscher Bundestag, Besucherdienst  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)  
[hans-henner.becker@bundestag.de](mailto:hans-henner.becker@bundestag.de)

**29. September bis 1. Oktober 2004****Popkomm**

Die Popkomm ist Europas größte Fachmesse für Popmusik und Entertainment, dessen Schwerpunkt zwischen Pop und Politik liegt. Unter dem Motto „movin´music“ wird die Popkomm erstmals in der Musik-, Medien- und Kulturmetropole Berlin stattfinden.

→ Messe Berlin GmbH  
Messedamm 22, 14055 Berlin  
[www.messe-berlin.de](http://www.messe-berlin.de)  
[popkomm@messe-berlin.de](mailto:popkomm@messe-berlin.de)

# Tipps, TOPs und Trends

Wer was will, muss was tun:  
ein Ausblick auf politische  
Events des nächsten Jahres.

# Leben ohne Kohle?

*Wer aber keine Fantasie hat, ist arm dran. Doch: Wie viel Fantasie haben die Politiker des Bundestages eigentlich: „Wovon würden Sie leben, wenn Sie kein Geld hätten?“ Eine Frage, zwei Antworten.*



Claudia Roth  
Bündnis 90/Die Grünen

Von 1981 bis 1985 war ich Managerin von Ton Steine Scherben, der ehemaligen Rockband von Rio Reiser. Damals habe ich gelernt, Reichtum anders zu definieren.

Er bezeichnet nicht nur die reine Geldbewegung auf dem Konto. Reichtum bedeutet auch, kreativ arbeiten und selbstbestimmt leben zu können. Reichtum ist ebenso, sich auf der Bühne einzusetzen für Menschenrechte, für Gerechtigkeit und andere damit zu berühren und zu bewegen. Sich reich zu fühlen, hängt immer auch davon ab, wie man am Leben anderer teilhat. Reichtum, das ist ein Glas frisches sauberes Wasser, ein knuspriges Brot, ein knackiger Apfel. Reichtum, das ist eine Natur, eine Umwelt, die nicht verbaut und zerstört wird. Reichtum ist ein helles Kinderlachen und ein gutes Gespräch.

Ohne viel Geld habe ich mit der Band in Fresenhagen an der Grenze zu Dänemark gelebt. Die Nachbarn hatten sich bald an uns gewöhnt. Bei ihnen haben wir Landarbeit gegen Kartoffeln und Milch getauscht. In Fresenhagen musste jeder von uns für zehn Personen kochen. Mit nur 15 Mark aus der gemeinsamen Kasse wurden alle verpflegt. Diese Beschränkung hatte ihr Gutes. Wir waren nicht nur rank und schlank, sondern wir kochten mit Kreativität. Als Schwäbin war ich im Vorteil: Kässpätzle oder Linsen mit Spätzle waren preiswert und schmeckten toll. Mit guten Freundinnen und Freunden ließe es sich noch heute nach dem „Scherbensong“ leben: „Ich hab nix und du hast nix – lass uns was draus machen“.



Andreas Pinkwart  
FDP

Es soll Manager geben, die in so genannten Survival-Trainings Wochenenden in Wäldern verbringen. Leben in der Natur und von der Natur, Beeren pflücken und mit Reisig das Nachtlager bauen. Diese Wochenend-Abenteurer machen das mit dem Ziel, neue Selbsterfahrungen zu sammeln und Lösungen in Situationen finden zu lernen, in denen sie ganz auf sich allein gestellt sind, ohne Geld, ohne Dach über dem Kopf. Die Ironie des Ganzen: Diese Survival-Trainings sind teuer. Man kann sie sich nur leisten, wenn man viel Geld hat.

Im Alltag hat Armut nichts Romantisches. Für mich ist es Fundament unseres Zusammenlebens, dass unsere Gesellschaft denjenigen hilft, die nicht in der Lage sind, genug Geld zu verdienen, um selbst für Gesundheit, Ernährung, Wohnen und die vielen kleinen täglichen Notwendigkeiten aufzukommen. Niemand darf bei uns „kein Geld“ haben. Das wäre für mich keine freie und faire Gesellschaft.

Gleichzeitig fordere ich, dass niemand sagt: Ich könnte zwar für mich selbst sorgen, aber irgendwie komme ich schon mit der Hilfe der anderen über die Runden. Ich setze auf die Leistungsbereitschaft der Menschen und will als Politiker die Chancen für die tatendurstigen, einsatzbereiten und mutigen Menschen erhöhen, dann auch Erfolg zu haben. Deshalb sind drei Kernziele für mich: bessere Bildung, mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand. Für diese Ziele würde ich immer kämpfen – ganz egal, wie viel Geld ich hätte.



Schickt eure

# Antwort

an die

Redaktion Glasklar  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Heiko Fiedler-Rauer  
Wassergasse 3  
10179 Berlin

**Fax: (030) 650 00-190**

## Epochalnoten für Glasklar

Zum Schluss seid ihr gefragt. Kommentiert und benotet die Erstausgabe von Glasklar. Also: Stift raus und Noten von sehr gut bis ungenügend verteilen.

Eure Mühe wird belohnt: Unter allen Einsendern verlost Glasklar drei Reisen nach Berlin: Ausblicke aus der Reichstagskuppel und Einblick in die Hauptstadt.

### Wie hat dir Glasklar gefallen?

① (sehr gut)    ②    ③    ④    ⑤ (überhaupt nicht)    ⑥

### Wie fandest du die Themen?

① (total interessant)    ②    ③    ④    ⑤ (komplett langweilig)    ⑥

### Was hältst du von Layout und Gestaltung?

① (hip)    ②    ③    ④    ⑤    ⑥ (unhip)

### Wie empfindest du Sprache und Tonart, die Glasklar angeschlagen hat?

① (cool)    ②    ③    ④    ⑤    ⑥ (spießig)

① (sachlich)    ②    ③    ④    ⑤    ⑥ (unsachlich)

① (verständlich)    ②    ③    ④    ⑤    ⑥ (kompliziert)

### Ist Glasklar unterhaltsam?

① (hat Spaß gemacht)    ②    ③    ④    ⑤ (war langweilig)    ⑥

### Bist du jetzt klüger als vorher?

① (viel gelernt)    ②    ③    ④    ⑤ (nichts dazugelernt)    ⑥

### Sollte Glasklar regelmäßig erscheinen?

(ja)     (nein)

### Deine persönliche Kritik und Anmerkungen zu Glasklar:

---

---

---

---

### Drei Themen, die dir auf den Nägeln brennen und die Glasklar mal anschneiden sollte:

- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_

### Und jetzt zu dir:

Alter: \_\_\_ Jahre    Geschlecht: männlich  weiblich

Schüler/in: Klasse \_\_\_

Schultyp:  
 Gesamtschule     Hauptschule     Realschule     Gymnasium

Azubi    Student/in    Beruf:  
Ausbildung zum/zur:    Fachrichtung:

---

### Anschrift:

---

---

---



TEXT: KATHRIN GERLOF/FOTOS: STUDIO KOHLMEIER, AKG

**Manche halten die  
Geburtsurkunde  
von Jörg Schönemann  
für einen Scherz,  
zumindest, was den  
Geburtsort anbelangt.**



# Ein kleines Stück Geschichte



Das Kellergeschoss, in dem sich vermutlich der Kreißsaal befand.

# 1944

Das Jahr 1944 ist noch nicht alt. Winter ist und die Stadt Berlin wird in vielen Nächten bombardiert. Fast ein Jahr schon. Im November 1943 hat der Großangriff auf Berlin begonnen. Brandbomben und Luftminen, die bis zu 1.800 Kilogramm schwer sind, hinterlassen 68.226 total zerstörte Gebäude, 250.000 obdachlose Menschen, viele Tote und noch mehr Schwerverletzte. Im Januar und Februar 1944 wird das großflächige Bombardement auf die Reichshauptstadt fortgesetzt. Ganze Wohnviertel versinken in Schutt und Asche.

In diesen Wochen läuft die 30-jährige Mila Schünemann fast jeden Abend von ihrer Wohnung in Moabit zum Reichstagsgebäude. Sie ist hochschwanger, gerade mal 1,50 Meter groß und trägt eine kleine Tasche bei sich, die das Notwendigste für die Nacht und für eine mögliche Entbindung enthält. Ihr Mann, Willy Schünemann, hat dann Nachtschicht, er ist Facharbeiter bei Bergmann-Borsig und kriegsdienstverpflichtet. Im Luftschutzkeller des Moabiter Wohnhauses fühlt sich Mila Schünemann nicht

mehr sicher, zu dünn die Decken und Mauern, zu stark die Explosionen und das Kind kann jederzeit auf die Welt kommen.

Bis spätestens 18 Uhr muss die junge Frau am Reichstagsgebäude angekommen sein. So lange kann sie über einen Eingang an der Nordwestseite das riesige Gebäude betreten und sich im Untergeschoss in einem provisorischen Kreißsaal für eine weitere Nacht einrichten. Medizinisches Personal der nahe gelegenen und von den Bombenangriffen bereits schwer geschädigten Charité ist bereits da. Vier Meter dick sind die Mauern, und die gewaltigen Detonationen, die die Stadt erschüttern, sind hier nur gedämpft zu hören. Fast klang es, wird Mila Schünemann später ihrem Sohn erzählen, als entlüde sich draußen ein Gewitter.

Die zierliche Berlinerin ist nicht die Einzige, die in diesen ersten Wochen des Jahres 1944 im Reichstagsgebäude Schutz fand. Andere Schwangere kommen Abend für Abend dazu und hoffen, ihr Kind möge hier das Licht der Welt erblicken, geschützt zumindest für die ersten Lebensstunden.

Man redet miteinander, verbringt die Zeit mit Näharbeiten und schläft ein wenig ruhiger als andere in diesen Nächten.

Am 8. Februar 1944 setzen abends bei Mila Schünemann die Wehen ein. Es dauert einige Stunden, bis der kleine Jörg auf die Welt kommt. Am Morgen werden Mutter und Kind mit einem Militärlazarettwagen in ein christliches Krankenhaus in der Müllerstraße gebracht. In die Geburtsurkunde von Jörg Schünemann wird geschrieben: „Geboren am 8. Februar 1944 in Berlin im Reichstagsgebäude.“

Die Geschichtsschreibung wird sich später nur wenig mit diesem kleinen Kapitel aus dem Leben der damaligen Kriegshauptstadt Berlin befassen. Und so ist darüber auch kaum etwas zu finden und nachzulesen, obwohl man viel über die Geschehnisse des Parlamentsgebäudes während der Zeit des Nationalsozialismus weiß.

Seit dem Reichstagsbrand 1933 wurde es von den Nationalsozialisten vornehmlich für Propagandazwecke genutzt. Die Kuppel war notdürftig ausgebessert worden. Das Scheinparlament Hitlers tagte im gegenüberliegenden Kroll-Opernhaus, das im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt und im März 1951 gesprengt wurde.

Im Reichstagsgebäude fanden hin und wieder Vorführungen von Propagandafilmen statt, 1938 wurde hier die Ausstellung „Entartete Kunst“ eröffnet, 1939 bestimmte Adolf Hitler, dass das Haus nicht, wie der Stadtplaner Albert Speer vorgeschlagen hatte, abgerissen, sondern umgebaut werden sollte für ein vergrößertes Parlament. Wahrscheinlicher ist, dass er es stehen lassen wollte, um die monumentale Halle des Volkes, deren Bau er plante, noch monumentaler erscheinen zu lassen.

1941 bereits wurden die Ecktürme zu Flaktürmen ausgebaut, an der Nordseite errichtete man einen Bunker. 1942 entfernte man den Kronleuchter aus der Kuppel, um ihn für die Rüstungsindustrie einzuschmelzen. In den Kellerräumen fertigte erst die AEG Funkröhren und dann wurde dort die Wehrmedizinische Zentralkartei untergebracht. Erst Anfang 1945 kam ein Lazarett dazu.

1943 und 1944 aber kamen in einem kleinen Teil des Reichstagsgebäudes, unterhalb des Plenarsaales, Kinder zur Welt. Wo genau sich der Kreißsaal befand, ist nicht ganz sicher – die Verortung unterhalb des Plenarsaales etwas vage. Vermutet wird, dass sich das Provisorium dort befand, wo sich bis vor kurzem die Regieräume des Parlamentsfernsehens befanden.

Mila Schünemann allerdings erzählt ihrem Sohn später, sie wäre Abend für Abend drei Treppen in die Tiefe gestiegen, um in den Kreißsaal zu kommen. Das wiederum spricht für jenen Teil des Hauses, in dem sich heute die Versorgungsleitungen, technischen Anlagen und unterirdischen Wege zu den anderen Bundestagsgebäuden befinden.

Jörg Schünemann ist heute 60 Jahre alt, und er hatte sich gewünscht, einen Tag in seinem Geburtshaus zu verbringen. Dieser Wunsch ist ihm erfüllt worden. Und so kommt er am 9. März, einen Monat nach seinem Geburtstag, mit seiner Frau nach Berlin und in das Reichstagsgebäude. 51 Jahre hat er in der Stadt gelebt, nun wohnt das Ehepaar in Reitwein, einem Ort an der Oder, der ebenso geschichtsträchtig ist wie der Geburtsort Jörg Schünemanns. In Reitwein hatte einst der sowjetische Marschall Georgij K. Shukow seinen Kommandobunker, hier begann im Zweiten Weltkrieg die Schlacht um Berlin.

Natürlich hat sich Jörg Schünemann immer, in all den Jahren, für die Geschichte und die Geschichte des Reichstagsgebäudes interessiert. Ulrike Schulte-Lünzum, Referentin im Auftrag des Besucherdienstes des Bundestages, hat also an diesem 9. März einen ganz neugierigen und belesenen Gast durch das Gebäude zu führen. Auf der Besuchertribüne des Plenarsaales, in der Abgeordnetenlobby, im Andachtsraum und in den Räumen des Untergeschosses erzählt sie dem Ehepaar Geschichten über die Zeit nach dem Weltkrieg, auf den ein Kalter Krieg der Systeme folgte, über die Zeit nach dem Fall der Mauer, den Umzug des Parlaments von Bonn nach Berlin, den Ablauf von Sitzungswochen und die heutige Nutzung der Räume des Reichstagsgebäudes.



## 2004

Jörg Schünemann besichtigt das Reichstagsgebäude.

Jörg Schünemann erzählt über die Stadt, in der er so lange gelebt hat, seine Eltern, die Schulzeit, seine Arbeitsjahre bei Reemtsma, wo er seine zweite Frau kennen gelernt hat, mit der er heute in Reitwein lebt. Die Familie Schünemann hat die nach der Geburt andauernden Bombenangriffe überlebt. Nicht zuletzt, weil es ein winziges Häuschen in Prenen, nahe Berlin, gab, in dem man hin und wieder wohnen konnte. Die Mutter habe, sagt Jörg Schünemann, ein Gespür dafür gehabt, wann es besser gewesen sei, schnell die Stadt zu verlassen. Und immer wieder sei es passiert, dass man in Prenen die Nachricht von besonders schweren Luftangriffen auf Berlin hörte. Dann sei man wieder einmal und für kurze Zeit dem möglichen Unglück entronnen.

Jörg Schünemann wüsste gern, wo genau der Raum sich befand, in dem er 1944 zur Welt kam, aber man

kann im Untergeschoss des Hauses nur noch Vermutungen anstellen. Hier irgendwo muss es gewesen sein. Vielleicht hier, wo eine verschlossene Tür den Raum für die Anlagen anzeigt, die den Plenarsaal mit Frischluft versorgen?

Rund ein Dutzend Kinder, so sagen die wenigen Quellen, sind im Reichstagsgebäude und während der Zeit der Bombenangriffe geboren worden. So wenige also, dass es kein Allgemeinwissen sein kann. Jörg Schünemann ist es immer wieder passiert, dass staatliche Behörden etwas ratlos auf die Eintragung in seiner Geburtsurkunde reagieren. „Geburtsort Reichstagsgebäude in Berlin“ – kann das sein? Oder hat sich hier jemand einen Scherz erlaubt?

Kein Scherz. Ein kleines Stück Geschichte. Fast geeignet, einen Film darüber zu drehen. Auf jeden Fall aber dafür, erzählt zu werden.



Text: Matthias Rumpf, Fotos: Deutscher Bundestag, picture-alliance, Grafik: Karl-Heinz Döring

Forum: EU-Erweiterung

# Wo liegen die Grenzen Europas?

**Zehn Länder treten im Mai der Europäischen Union bei. Mit Blick auf dieses historische Ereignis wird auch ein möglicher Beitritt der Türkei lebhaft diskutiert. Aber wie viele Staaten verträgt die EU? Und wo liegen ihre Grenzen? BLICKPUNKT BUNDESTAG hat die Bundestagsfraktionen um Stellungnahmen gebeten.**



**D**er Türkei-besuch von Romano Prodi Anfang des Jahres hatte historische Dimension. Über 40 Jahre war kein Präsident der Europäischen Kommission mehr in der Türkei gewesen. Zum letzten Mal war der erste Kommissionspräsident Walter Hallstein 1963 in Ankara, um das Assoziierungsabkommen mit der Türkei zu unterzeichnen. Jetzt hatte Prodi einen ähnlich bedeutenden Auftrag: Im Dezember wollen die EU-Staats- und Regierungschefs über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschließen – und es ging bei dem Besuch darum festzustellen, ob die Türkei für diesen Schritt reif ist.

Auch wenn noch keine endgültige Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei ansteht. Die Aufnahme konkreter Verhandlungen ist dennoch wohl die wichtigste Frage, der sich die EU in diesem Jahr stellen muss. Und die Wogen schlagen hoch in der Debatte um das Verhältnis EU-Türkei:

CDU/CSU-Politiker, wie die CDU-Chefin Angela Merkel oder Hessens Ministerpräsident Roland Koch, sagen gar das Ende der Europäischen Union voraus, wenn die Türkei beitrifft. Außenminister Joschka Fischer hält dagegen ein EU-Mitglied Türkei für ein strategisches Muss, ohne das die EU kein vernünftiges Verhältnis zu den anderen islamischen Nachbarstaaten entwickeln kann.

Ob die Türkei EU-Mitglied werden kann, ist auch deshalb wichtig, weil es

nicht nur um einen weiteren Mitgliedstaat geht, sondern auch darum, wo überhaupt die Grenzen der Europäischen Union liegen. Sind 25 und mit Rumänien und Bulgarien bald 27 Mitglieder nicht genug? Formal hat die EU nur eine Festlegung: Jeder europäische Staat kann sich um eine Mitgliedschaft bewerben, heißt es im EU-Vertrag. Geografisch wäre diese Grenze mit der Türkei wohl überschritten. Ukraine, Weißrussland, die Staaten des Balkans können insofern mit größerem Recht eine EU-Mitgliedschaft beanspruchen. Doch mit einem EU-Mitglied Türkei kämen im Grunde auch Russland und die Staaten des Kaukasus in Frage.

Blickt man auf die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs, so ist die EU-Mitgliedschaft der Türkei im Grundsatz schon entschieden. Ein Beitritt wurde dem Land schon 1963 in dem Assoziierungsabkommen zwischen Ankara und der Europäischen

#### Chronik einer Annäherung

## 1963

**Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der Vorläufer der EU, schließt ein Assoziierungsabkommen mit der Türkei, das die Perspektive auf eine spätere Mitgliedschaft beinhaltet.**



## Interesse an Einbindung

Uta Zapf, SPD

**D**ie aktuelle Aufregung um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ist groß. Schon 1963 hat die EU der Türkei eine Beitrittsperspektive eröffnet. Ende 2004 wird über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden, nicht über den Beitritt der Türkei. Erfüllt Ankara die „Kopenhagener Kriterien“, nennt die EU ihr einen Termin für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen. Die Verhandlungen bis zum Beitritt können dann bis zu 15 Jahren dauern.

Europa muss ein starkes Interesse an der Einbindung der Türkei haben. Ein säkularer Staat Türkei mit positiver demokratischer Entwicklung kann eine Brücke zwischen Orient und Okzident schlagen und Modellcharakter für die Demokratisierung der islamischen Welt gewinnen.

Die Türkei ist ein unersetzlicher sicherheitspolitischer Partner Europas. Das NATO-Mitglied grenzt an die Krisenregion des Nahen Ostens und erfüllt eine wichtige Stabilisierungsfunktion. Wirtschaftlich ist die Türkei schon heute ein wichtiger Partner, besonders für Deutschland. Innenpolitisch hat die Beziehung zur Türkei große Bedeutung für Deutschland wegen der Integration der hier lebenden Türken.

Seit 1999 hat die Türkei umfangreiche Gesetzesreformen verabschiedet. Es gibt aber noch Umsetzungsdefizite. Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei ist geradezu stürmisch. Eine Türkei, die in 15 Jahren beitrifft, wird ein anderes Land sein. Das wirtschaftliche Gefälle und der Migrationsdruck werden erheblich abnehmen – zumal auch die Geburtenrate rückläufig ist. Eine Zurückweisung der Türkei würde unzweifelhaft die reaktionären und fundamentalistischen Kräfte stärken und das Land destabilisieren.



uta.zapf@bundestag.de  
www.uta-zapf.de



## Chronik einer Annäherung

1987

**Ankara stellt das erste formale Beitrittsgesuch, das die EG mit Verweis auf interne Reformen auf unbestimmte Zeit vertagt.**

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dem Vorläufer der EU, in Aussicht gestellt. Im Dezember 1997 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union dann ausdrücklich die Eignung der Türkei für eine EU-Mitgliedschaft anerkannt. Seit 1999 ist die Türkei nun offiziell auch Kandidat für den EU-Beitritt und Verhandlungen sollen aufgenommen werden, wenn das Land stabile staatliche Institutionen als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung hat und die Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten garantiert ist.

Diese Bedingungen sind Teil der so genannten Kopenhagener Kriterien, die auf einem EU-Gipfel 1993 in der dänischen Hauptstadt für alle Kandidaten als Voraussetzung für eine Aufnahme in die EU festgelegt wurden.

Lange sah es so aus, als würde die Türkei ohnehin die Kriterien der EU nicht erfüllen. Doch das hat sich geändert. In den vergangenen Jahren hat das Land eindrucksvolle Veränderungen hinter sich, die auch von den Gegnern eines EU-Beitritts ausdrücklich anerkannt werden. Die gemäßigt-islamische Partei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat mit einem Reformpaket unter anderem die Abschaffung der Todesstrafe und die Begrenzung der Macht des Militärs durchgesetzt. Kritiker weisen darauf hin, dass die Reformen zwar auf dem Papier beschlossen, aber nicht umgesetzt sind. So lobt Amnesty International in einem Bericht vom Februar 2004 auch die Reformen der Regie-

rung, berichtet aber weiter von Folter in türkischen Polizeistationen und Gefängnissen. Dennoch mehren sich die Aussagen, dass die Türkei die Bedingungen für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen im Herbst erfüllen könnte. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich bei seinem Besuch in der Türkei Ende Februar so geäußert.

Ob die Türkei die Kriterien erfüllt, darüber wird die Europäische Kommission im Herbst Bericht erstatten. Schon jetzt gibt die Brüsseler Behörde

## Chronik einer Annäherung

1996

**Die dritte Stufe der Zollunion zwischen der EU und der Türkei tritt in Kraft. Für Industriegüter gibt es künftig keine Binnenzölle mehr und die gleichen Außenzölle.**



## Privilegierte Partnerschaft

Peter Hintze, CDU/CSU

Die Türkei ist ein guter Freund Deutschlands, ein verlässlicher Partner innerhalb der NATO und ein wichtiger Vermittler zur islamischen Welt. Ihr Beitritt würde die Europäische Union jedoch in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht deutlich überfordern.

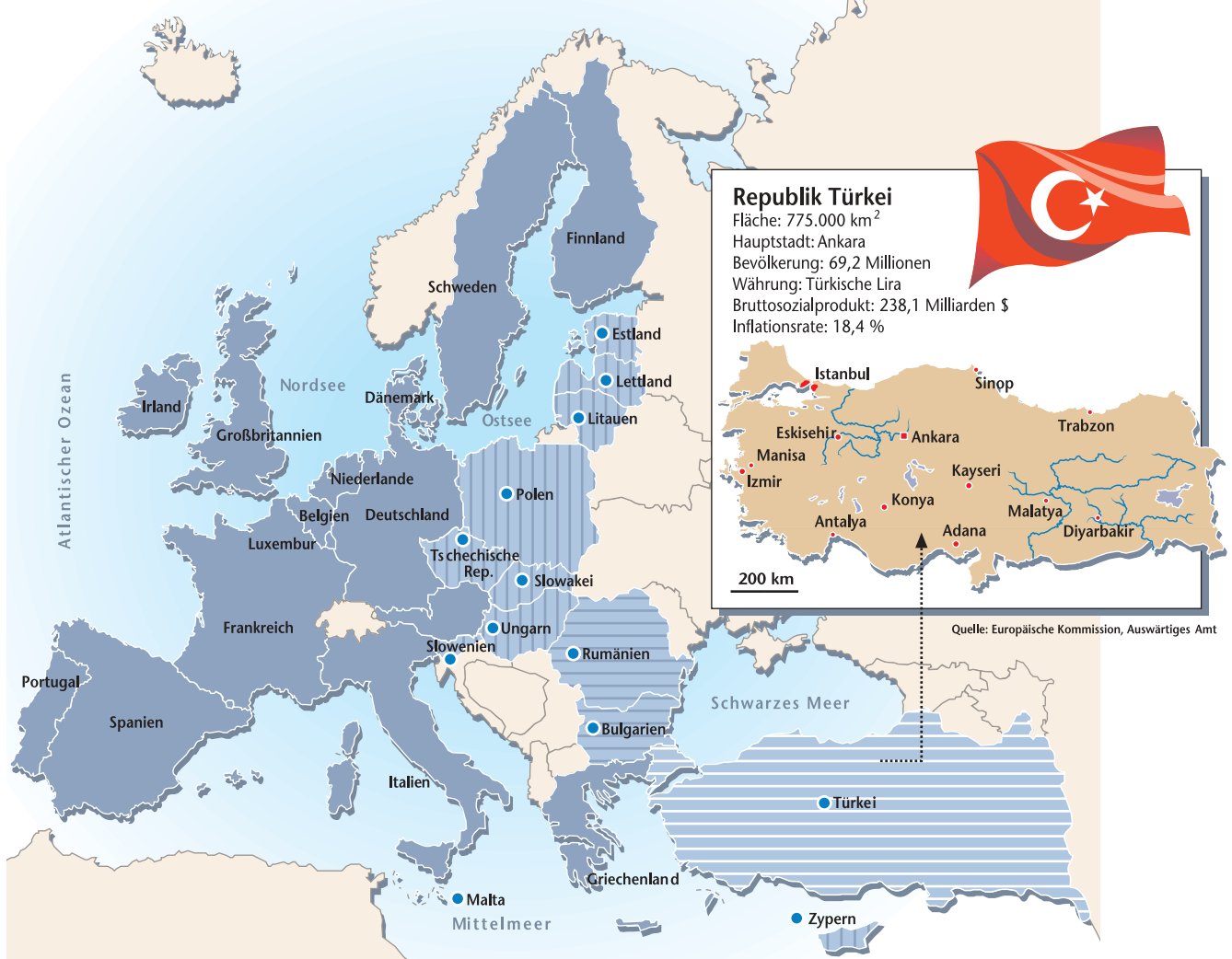
Angesichts des in der EU erreichten Integrationsstands droht der Spagat zwischen Erweiterung und einer dringend erforderlichen weiteren Vertiefung der EU überdehnt zu werden. Die Türkei wäre im Zeitpunkt ihres Beitritts der bevölkerungsstärkste und zugleich wirtschaftlich schwächste Staat in der EU, mit großen Einkommensunterschieden und sozialen Ungleichheiten. Trotz der eingeleiteten Reformen bestehen in der Türkei weiterhin gravierende Defizite im Bereich der Menschenrechte, vor allem mit Blick auf die Folterpraxis und den unzureichenden Minderheitenschutz.

Die Reformen dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen in allen Bereichen der Gesellschaft tatsächlich gelebt werden. Ehrenmorde und politische Verfolgung von Parlamentariern sind unvereinbar mit den Grundwerten der EU. Die Gewährleistung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit liegt im originären Interesse der türkischen Bevölkerung und sollte daher unabhängig von der Frage eines EU-Beitritts erfolgen. Statt mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen faktisch einen Beitrittsautomatismus für die Türkei in Gang zu setzen, sollten die Erfahrungen mit der kommenden Beitrittsrunde, die die EU bereits vor große Herausforderungen stellt, zunächst sorgfältig ausgewertet werden.

Ich plädiere anstelle einer Vollmitgliedschaft für eine privilegierte Partnerschaft, die etwa eine alle Güter umfassende Freihandelszone sowie eine enge Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik beinhalten könnte. Diese würde unserem gemeinsamen Interesse an politischer wie wirtschaftlicher Stabilität über die EU-Grenzen hinaus Rechnung tragen.



peter.hintze@bundestag.de  
www.peterhintze.info



Die EU mit den Beitrittsstaaten, den Kandidaten Rumänien und Bulgarien und der Türkei.



## Die Türkei gehört zur EU

Rainer Steenblock,  
 Bündnis 90/Die Grünen



rainer.steenblock@bundestag.de  
 www.rainer-steenblock.de

Im Dezember 2004 wird die Europäische Union über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entscheiden. Enge Beziehungen zwischen der EU und der Türkei existieren seit über 40 Jahren. Bereits 1963 schlossen die Türkei und die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ein Assoziierungsabkommen, das der Türkei die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft zusicherte.

Für einen Beitritt zur EU gelten klare Regeln, die 1993 auf dem EU-Gipfel von Kopenhagen beschlossen wurden. Zu den politischen Kriterien zählen stabile rechtsstaatliche und demokratische Institutionen, die Garantie der Menschenrechte sowie der Schutz von Minderheiten. Diese Bedingungen sind nicht verhandelbar und müssen vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt sein.

Die reale Perspektive eines EU-Beitritts hat in der Türkei eine ungeheure Dynamik ausgelöst und entscheidende Menschenrechtsreformen vorgebracht. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, die Folter verboten, das Vereins- und Versammlungsrecht liberalisiert und die Rechte religiöser Minderheiten gestärkt. Der Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen wurde aufgehoben und der Einfluss des Militärs auf die politischen Institutionen eingeschränkt.

Der Umfang und Elan der Reformprozesse in der Türkei ist beeindruckend, entscheidend ist aber die praktische Umsetzung. Die Aufnahme der muslimisch geprägten Türkei in die EU würde zeigen, dass sich Islam, Demokratie und Menschenrechte verbinden lassen. Eine solchermaßen modernisierte Türkei könnte Vorbild für die islamischen Staaten werden und islamistischen Terroristen mit ihren Parolen eines islamfeindlichen Westens den Nährboden entziehen. Dadurch könnte ein entscheidender Beitrag zu Stabilität und Sicherheit in Europa geleistet werden. Eine Blockade der Beitrittsperspektive würde die demokratischen Reformen in der Türkei gefährden und möglicherweise zu einer Verschärfung der Sicherheitslage in Europa führen.





jedes Jahr einen so genannten Fortschrittsbericht über die Entwicklung in der Türkei ab. Über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen entscheiden dann die Staats- und Regierungschefs der EU auf einem Gipfel Ende 2004.

Wie die EU-Kommission die Entwicklung der Türkei bewertet, ist noch nicht klar. Die Kriterien klingen zwar auf den ersten Blick eindeutig, lassen der Kommission aber einen Spielraum für politische Erwägungen. Und der Druck auf die Kommission, die Entwicklung in der Türkei positiv zu zeichnen, ist groß. Eine zentrale Rolle spie-

len dabei die Verhandlungen um die Lösung des Zypernkonflikts, in dem die Türkei als Schutzmacht der türkischen Zyprioten eine entscheidende Rolle hat. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben mehrfach betont, dass eine Lösung des Zypernkonflikts für den Beitrittswunsch der Türkei förderlich sein könnte.

Die Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei glauben längst auch, dass das Land die Kopenhagener Kriterien erfüllen könnte. Sie sorgen sich vielmehr darum, dass die EU nicht in der Lage sein könnte, die Türkei aufzunehmen. Die Kritik macht sich im Wesentlichen an drei Punkten fest:

Erstens sind da zunächst die wirtschaftlichen Unterschiede. Die Wirtschaftsleistung der Türkei liegt pro Kopf gerade einmal bei einem Drittel der EU und weit unter dem Niveau der jetzigen Beitrittsstaaten. Mit der Türkei käme ein großes Empfängerland in die EU, was für die Nettozahler wie Deutschland teuer werden könnte.

Zweitens käme zudem mit der Türkei ein politisches Schwergewicht in die EU, was das Institutionengefüge der Union verändern wird. Ein Land mit dann vergleichbarer Einwohnerzahl wie Deutschland könnte die EU zwar nicht dominieren, hätte aber einen vergleichbaren Einfluss wie Deutschland.



### Chronik einer Annäherung

## 1997

**Der EU-Gipfel von Luxemburg bekräftigt ausdrücklich die Eignung der Türkei für eine EU-Mitgliedschaft, wenn sie die Kopenhagener Kriterien erfüllt.**



## Handlungsfähig bleiben

Werner Hoyer, FDP

Die Grenzen Europas werden eines Tages geografisch und inhaltlich dort auszumachen sein, wo die EU nicht mehr handlungsfähig sein kann, wo sie ihrem Charakter als „Einheit in Vielfalt“ selbst nicht mehr gerecht werden kann, oder schlichtweg dort, wo ein beiderseitiger Mehrwert nicht mehr gegeben ist.

Es wäre unverantwortlich, heutige Landesgrenzen als ultimative EU-Außengrenze zu definieren. Genauso falsch wäre es jedoch, die EU als „allgemeinen Mitgliederverein“ misszuverstehen. Wo auch immer die Grenzen liegen: ihren Charakter als Union der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, organisiert nach den Prinzipien der Marktwirtschaft, der Subsidiarität und der gemeinsamen Verantwortung wird sich die EU in jedem Falle bewahren.

Leider hat die Bundesregierung selbst den Zeitdruck mit aufgebaut, unter dem zum Ende des Jahres über die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei entschieden werden muss. Damit sind Erwartungen geweckt worden, hinter die die EU jetzt kaum mehr zurückgehen kann – vorausgesetzt, die Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass die Türkei die Kriterien für einen Verhandlungsbeginn erfüllt.

Die Türkei hat einen beachtlichen Reformprozess begonnen und ist der wichtigste Modellfall für die Vereinbarkeit von westlicher Demokratie und Islam. Die Türken einfach abzuweisen, könnte deshalb zu einem gefährlichen Rückschlag führen. Ob am Ende der Verhandlungen die Vollmitgliedschaft steht oder doch eine enge Partnerschaft, wird vor allem davon abhängen, ob die Türkei die Voraussetzungen erfüllt, ob die EU sich durch mutige Reformen in die Lage versetzt, einen so großen und schwierigen Partner zu integrieren, und ob sich alle darüber im Klaren sind, dass die EU auf einen Prozess immer tieferer Integration ausgelegt ist, der am Tage des Beitritts nicht endet, sondern auch bei Wahrung des Subsidiaritätsprinzips die Bereitschaft zu weiteren Souveränitätsübertragungen voraussetzt.



werner.hoyer@bundestag.de  
www.wernerhoyer.de



## Chronik einer Annäherung

1999

**Auf dem EU-Gipfel von Helsinki wird der Türkei der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt. Die Türkei darf an den Beitrittsprogrammen teilnehmen und erhält für die Vorbereitungen auf den Beitritt Finanzmittel aus Brüssel. Auf folgenden Gipfeln werden der Türkei immer Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft bescheinigt.**

Drittens wird angeführt, dass die Türkei kulturell nicht zur Europäischen Union passe. Die Türkei habe die wesentlichen Etappen, die die europäischen Gesellschaften prägen, nicht mitgemacht. In Europa habe sich eine Trennung von Kirche und Staat vollzogen und mit der Aufklärung eine Gesellschaft herausgebildet, in der die

Freiheit des Individuums von zentraler Bedeutung ist. Die Türkei könne auf eine solche Entwicklung nicht zurückblicken. Soll sich irgendwann einmal eine europäische Identität herausbilden, dann wäre die Türkei ein Fremdkörper, der dies im schlimmsten Fall verhindern könnte.

Sollte dies tatsächlich der Fall sein, dann hätte die EU auch ohne die Türkei ein kaum zu bewältigendes Problem. Denn wenn eine EU-Mitgliedschaft der Türkei an unüberbrückbaren kulturellen Hindernissen scheitert, dann bestünden auch kaum Chancen, die Muslime, die bereits in Europa leben, in die europäischen Gesellschaften zu integrieren. Denn sie bringen ja genau die Prägungen mit, die die Gegner eines EU-Beitritts der Türkei gern außerhalb der Union sehen wollen. Die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft der Türkei heben denn auch genau die strategische Rolle des Landes für die EU hervor: Eine Integration der Türkei wäre der

beste Beweis dafür, dass es keinen unüberwindbaren Bruch zwischen dem christlich geprägten Europa und den islamischen Staaten gibt.

Der türkische Ministerpräsident formulierte das Problem, vor dem die EU steht, so: „Sie können sich über die Dornen der Rosen beschweren oder sich darüber freuen, dass Dornen Rosen haben“, sagte Erdogan im Januar in Berlin.

## Chronik einer Annäherung

2002

**In Kopenhagen beschließen die EU-Staats- und Regierungschefs, im Dezember 2004 zu prüfen, ob die Türkei die Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt. Ein Datum für einen möglichen Beitritt des Landes nennt der Gipfel nicht.**

## Infotipps



## Regierungserklärung

Am 25. März hat Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben. Ausgangspunkt war die Regierungserklärung vom 14. März 2003. Mit der „Agenda 2010“ hatte Schröder ein umfassendes Programm zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau der Sozialsysteme und für wirtschaftliches Wachstum vorgelegt. Nach einem Jahr zog er eine positive Bilanz. Die deutsche Wirtschaft wachse wieder, es sei jedoch noch vieles zu tun. Zudem sollten die bis jetzt für die Eigenheimzulage verwendeten Mittel besser in Bildung und Forschung investiert werden. Die Regierungserklärung „Egoismus überwinden – Gemeinsinn fördern: Unser Weg zu neuer Stärke“ findet sich unter [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de).

## Emissionshandel

Am 12. März hat der Bundestag die von den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesentwürfe über den Handel mit Emissionszertifikaten (Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz) beraten und in der Fassung der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/2681 angenommen. Der 2005 in Europa beginnende Handel mit diesen Emissionszertifikaten soll den Ausstoß klimaschädlicher Gase reduzieren. Die Entwürfe können als Drucksache auf der Internetseite des Bundestages heruntergeladen werden unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) (Informations-Center): Drucksache 15/2328, 15/2540.

## Bundeswehrreform

Verteidigungsminister Peter Struck hat das Parlament am 11. März in einer Regierungserklärung über die Neuausrichtung der Bundeswehr

informiert. Die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern danach eine Anpassung der Struktur, der Ausbildung und der Ausrüstung der Streitkräfte. Es fand eine Aussprache statt. Anschließend wurde ein Antrag aus den Reihen der Koalitionsfraktion beraten und an den Verteidigungsausschuss als federführenden Ausschuss sowie den Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Der Antrag „Durch Transformation die Bundeswehr zukunftsfähig gestalten“ findet sich unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) (Informations-Center) als Drucksache 15/2656.

## Tierschutzbericht

Nach der Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes (Tierschutzbericht 2003) hat der Bundestag am 12. Februar die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft beraten. In den vergangenen Jahren wurden im Tierschutz Fortschritte erzielt. Zuletzt wurde sein Stellenwert durch die Aufnahme als Staatsziel in das Grundgesetz deutlich erhöht. Dennoch bleibt der Auftrag, den Tierschutz weiter zu verbessern. Der alle zwei Jahre vorgelegte Tierschutzbericht findet sich unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) (Informations-Center) als Drucksache 15/723, 15/2231 (Beschlussempfehlung).

## Drucksachen

Die erwähnten und weitere Bundestagsdrucksachen können auf den Internetseiten des Bundestages abgerufen und heruntergeladen werden: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) (Informations-Center). In gedruckter Form erhalten Sie alle Bundestagsdrucksachen bei schriftlicher Bestellung gegen eine vom Umfang abhängige Gebühr beim Bundesanzeiger Verlag, Postfach 1320, 53003 Bonn, Fax: (02 28) 382 08 44 oder E-Mail: [bonn@bundesanzeiger.de](mailto:bonn@bundesanzeiger.de).



Ein Jahr Agenda 2010

# Top oder

**Ein Jahr ist sie alt – die Agenda 2010. An sie und an die mit ihr verbundenen Hartz-Reformen haben sich hohe Erwartungen geknüpft: Vor allem auf dem Arbeitsmarkt sollte es wieder vorangehen. Doch was ist aus den Hoffnungen geworden? Wie sieht die Bilanz nach einem Jahr aus? Top oder Flop? Darüber führte BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit dem Vorsitzenden der Mittelstands-Union, Hans Michelbach (CDU/CSU), und dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Arbeit, Rainer Wend (SPD). Das Gespräch führte Sönke Petersen.**

**Blickpunkt:** Hat sich der „Mut zur Veränderung“, den der Kanzler vor einem Jahr bei der Vorlage der Agenda 2010 forderte, ausgezahlt, Herr Wend?

**Rainer Wend:** Der Mut war alternativlos. Es haben sich dramatische Änderungen bei uns und in Europa ergeben: Wir stehen als Nation weltweit in einem Wettbewerb um Arbeitsplätze, Kapital und Investitionen; außerdem hat sich die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft dramatisch verändert. Darauf mussten wir unsere Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme einstellen. Das hat der Kanzler vor einem Jahr angekündigt.

Inzwischen ist das meiste davon umgesetzt. Es hat sich gelohnt.

**Blickpunkt:** Das Volk steht dem Reformkurs eher skeptisch gegenüber. Die SPD hat mit schweren Wahlverlusten gezahlt. Für die CDU/CSU könnte das ein Grund zur Freude sein, aber darf man sich freuen, wenn es dem Land nicht so gut geht?

**Hans Michelbach:** Nein, natürlich nicht. Deshalb wollen auch wir, dass die Agenda 2010 am Arbeitsmarkt etwas bewegt, dass sie Wachstum stimuliert. Beides wurde leider nicht erreicht. Auf dem Arbeitsmarkt haben wir allein im letzten Jahr 400.000 sozi-

alversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren, beim Wachstum haben wir Stagnation. Der Grund liegt darin, dass die Agenda zu halbherzig und teilweise widersprüchlich ist.

**Wend:** Unsinn. Die Maßnahmen waren weder falsch noch widersprüchlich. Wenn in diesem Jahr das Wachstum so hoch geht, wie es uns alle prognostizieren – zwischen 1,5 und 2 Prozent – wird durch eine niedrigere Beschäftigungsschwelle ab Sommer eine positive Wirkung spürbar sein.

**Blickpunkt:** Sind Sie auch so hoffnungsvoll, Herr Michelbach?



# Flop?



FOTOS: PHALANX FOTOGENTUR

# L O G

**Michelbach:** Leider nein. Wir haben in wesentlichen Punkten – Beispiel: Bündnisse für Arbeit – keinerlei Erfolg. Wer Arbeit schaffen will, muss die Einstellungshürden niedriger machen, den Kündigungsschutz lockern oder für über 50-Jährige aufheben. Man muss bei Neueinstellungen viel konkreter an die Sache herangehen.

**Blickpunkt:** Es gibt aber schon jetzt den Vorwurf, die Reformen seien sozial ungerecht.

**Wend:** Wenn wir das machten, was Herr Michelbach vorschlägt, könnte man diesen Vorwurf zu Recht erheben. Unsere Reformen sind nicht ungerecht. Die Welt hat sich massiv verändert. Wenn wir uns darauf nicht einstellen, und zwar dort, wo Wachstum hergestellt wird, dann ist die beschworene soziale Gerechtigkeit wirklich am Ende. Deshalb ist das, was wir machen, sozial höchst gerecht.

**Michelbach:** Es ist richtig, dass sich die Welt verändert hat. Mein Vorwurf ist ja gerade, dass die Regierungskoalition den Bürgern nicht verinnerlicht hat, wie groß die Herausforderungen der Globalisierung sind, welche Veränderungen stattfinden müssen. Es ist nicht zu erkennen, dass man die Herausforderungen mit aller Konsequenz angeht.

**Blickpunkt:** Ziehen Sie sich diesen Schuh an, Herr Wend?

**Wend:** Wenn schon, müssen wir uns diesen Schuh gemeinsam anziehen. Wahr ist, dass sich andere Länder schon seit 15 Jahren auf diesen Reformkurs hinbewegt haben. Uns allen hat der Mut gefehlt, unbequeme Dinge durchzusetzen. Richtig ist auch, dass gerade die SPD lange geglaubt hat, es gehe immer weiter aufwärts. Wir müssen uns fundamental verändern, wenn wir noch die Dinge erwirtschaften wol-

len, die anschließend soziale Verteilung ermöglichen. Diese Vermittlung ist schwierig, aber alternativlos.

**Blickpunkt:** Freuen Sie sich, Herr Michelbach, dass die CDU/CSU diesen schwierigen Part nicht auf sich nehmen muss?

**Michelbach:** Nein. Denn wir wollen ja regieren und Verantwortung übernehmen – und es besser machen. Deshalb demonstrieren wir schon jetzt unsere Reformfähigkeit. Sozial ist, was Arbeit schafft. International hat sich gezeigt, dass dieser Ansatz Erfolg versprechend ist. Nur über jede Art von Wachstumsanstrengung, über betriebliche Bündnisse, über einen deregulierten Arbeitsmarkt, über Steuerensenkungen sind neue Arbeitsplätze und neue Existenzen zu schaffen.

**Wend:** So pauschal kann man das nicht sehen. Mit ihren betrieblichen Bündnissen propagiert die CDU/CSU



Im Gespräch: Hans Michelbach ...

doch nichts anderes als eine Machtverschiebung zu Lasten der Arbeitnehmer. So etwas wollen wir nicht. Etwas anderes sind Lockerungen beim Kündigungsschutz und bei Einstellungshürden. Hier haben wir aber in der Agenda wichtige Schritte bereits getan.

**Blickpunkt:** Sind Personal-Service-Agenturen (PSA) und Job-Floater-Programm („Kapital für Arbeit“) eher gescheitert?

**Wend:** Es mag alles noch nicht perfekt sein, aber es ist die richtige Richtung. Dass es bei den Personal-Service-Agenturen noch nicht so richtig läuft, liegt an der konjunkturell schwierigen Lage. In einer Wachstumsphase wird sich das verbessern. Und beim Job-Floater-Programm ist die anfangs in der Tat niedrige Entwicklung inzwischen in eine positive Richtung umgeschlagen.

**Michelbach:** Wenn man das so sieht, muss man schon sehr bescheiden sein. Bei den PSA sind gerade mal 7.000 statt der erhofften 500.000 in die Entwicklung gegangen. Beim Job-Floater haben wir bei 840 Millionen Euro Investitionskreditmitteln nicht mehr als 11.000 Fälle erreicht. Das ist doch kein Erfolg! Man muss grundsätzliche Weichen stellen, mit halbherzigen Maßnahmen geht nichts voran.

**Blickpunkt:** Ab nächstem Jahr soll Hartz IV greifen, also die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Bei der Umsetzung liegen sich

aber Kommunen und Arbeitsverwaltung kräftig in den Haaren. Droht hier neues Ungemach?

**Michelbach:** Es sieht ganz danach aus. Was hier passiert, hat wenig mit Kreativität und guter Umsetzung zu tun. Für uns ist ganz klar, dass die Kommunen künftig für diese zentrale Weichenstellung zuständig sein müssen. Sie sind näher am Menschen dran und können besser unterscheiden zwischen denen, die arbeiten können, und jenen, die auf Sozialhilfe angewiesen

sind. Die Bundesagentur kommt ja schon mit den jetzigen Arbeitslosen nicht zurecht.

**Wend:** Wichtig ist: Hartz IV muss etwas bringen. Ich bin auch sicher: Hartz IV wird bei der Vermittelbarkeit etwas tun und beim Senken der Beschäftigungsschwelle etwas erreichen. Das wird aber kein Wirtschaftswachstum produzieren. Hartz IV ist die Ergänzung. Wir brauchen gutes Wirtschaftswachstum und eine sinkende Beschäftigungsschwelle, um aus Wirtschaftswachstum möglichst viele neue Arbeitsplätze zu machen.

**Blickpunkt:** Werden wir am Ende des Jahres mehr Wachstum und Beschäftigung haben?

**Michelbach:** Ich bin skeptisch. Man muss über das hinausgehen, was jetzt mit der Agenda 2010 auf dem Tisch liegt. Die Wachstumszahlen sind nicht berauschend. Um am Arbeitsmarkt Wirkung zu haben, muss das Wachstum über zwei Prozent liegen. Das erreichen wir offensichtlich nicht. Deswegen werbe ich für weitere, wirksamere Maßnahmen in der Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

**Wend:** Ich bin optimistischer: Wir werden ab dem Sommer ein Wirtschaftswachstum erreicht haben, das neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft. Der „turn-around“ ist in Sicht.



**Reden Sie mit beim Thema „Agenda 2010“:**

Rainer Wend, SPD: [rainer.wend@bundestag.de](mailto:rainer.wend@bundestag.de)

Hans Michelbach, CDU/CSU: [hans.michelbach@bundestag.de](mailto:hans.michelbach@bundestag.de)

Redaktion: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

... und Rainer Wend.





## Begegnungen im Parlamentsviertel Gesicht zeigen

Die Adresse [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) hat ein neues Gesicht. Bundestagsvizepräsidentin **Susanne Kastner** (SPD) hat auf der CeBIT in Hannover den neuen Internetauftritt des Bundestages freigegeben. „Die im Internet angebotenen Informationen des deutschen Parlaments sind barrierefrei für alle erreichbar. Mit dem neuen Auftritt liegt nunmehr ein Angebot vor, das sich durch eine deutlich verbesserte Benutzerfreundlichkeit und Aktualität auszeichnet“, sagte die Vizepräsidentin. Ein neues Gesicht hat jetzt auch der Internetauftritt von BLICKPUNKT BUNDESTAG. Unter [www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de) finden sich in Zukunft auch exklusive Onlinebeiträge zu aktuellen Themen und parlamentarischen Abläufen.



Gesicht zeigen hieß es auch in der Aktionswoche gegen Rassismus, die der Verein „Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e. V.“ im Kino Cine-star am Potsdamer Platz in Berlin mit einem Kinospot eröffnete. In über 270 Veranstaltungen sollen sich vor allem Jugendliche mit den täglichen Formen des Rassismus auseinandersetzen und den Mut zur Zivilcourage vermittelt bekommen. Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** und die Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung **Claudia Roth** sprachen sich während der Pressekonferenz gegen den konjunkturellen Umgang mit Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus aus. „Für Humanität in der Gesellschaft sind die Bürger verantwortlich“, sagte Thierse. In diesem Sinne stehe die Aktionswoche für die Ermunterung zur alltäglichen Humanität.



FOTO: PHALANX FOTOAGENTUR

### Buchpräsentation.

Um Gewalt ging es auch in einer Buchvorstellung im Kaisersaal des ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais. Von besonderem Reiz war dabei, dass **Friedbert Pflügers** (CDU/CSU) Buch über die islamistische Herausforderung des Westens von **Hans-Ulrich Klose** (SPD) vorgestellt wurde. Pflüger beschreibt in seinem Buch „Ein neuer Weltkrieg?“ (München 2004) das weltweite Al-Qaida-Netz, dessen Geschichte und ideologischen Ziele. Vor den Gästen, zu denen auch der pakistanische Botschafter **Asif Ezdi** gehörte, äußerte sich Klose durchaus kritisch über das Buch. Er lobte aber die „literarisch produktive Kraft“ Pflügers und wünschte dem Buch vor allem „Leser, und nicht Sammler“. Lob und Kritik nahm Pflüger dankbar auf, warnte zugleich vor der neuen Qualität der terroristischen Bedrohung und einer Spaltung des Westens. In einem waren sich beide Außenpolitiker einig: zwischen dem Islam und seinen extremsten Verfechtern zu unterscheiden. Insgesamt eine anregende Auseinandersetzung mit einem ernsten Thema.

Etwas heiterer geht es seit Ende April im Bundestag zu. In der Ausstellung „Kunst Intern“ zeigen sich Bundestagsmitarbeiter von ihrer künstlerischen Seite. „Wir hoffen, diese Ausstellung jährlich fortführen zu können“, sagt **Siegfried Knittel**, der die Ausstellung mit organisiert hat und selbst Bilder ausstellt. Der Mitarbeiter im Bereich Plenarassistenz leitet auch den Workshop „Kunst und Literatur im Bundestag“, bei dem Kurse und Führungen angeboten werden.



## Fragen an Abgeordnete

PANORAMA

### Herr Kurth, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Mit vielen Orten in Berlin verbinde ich Erinnerungen. Von 1987 bis 1993 habe ich am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin Politikwissenschaft studiert, 1988 auf dem Kurfürstendamm gegen die IWF-Jahrestagung demonstriert und die Uni besetzt, 1989 am Moritzplatz den Mauerfall miterlebt und bin schließlich 1991 in ein „Wohnprojekt“ in den wilden Osten Berlins gezogen. Momentan ist mein Lieblingsort ein kleiner, aber schöner Spielplatz am Spreeufer, auf dem ich mit meinem Sohn zusammen buddle.

### Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Über den Vorschlag, eine Steueramnestie für wohlhabende Rentner zu machen. Im Sommer 2003 wurde ein letztlich grotesk anmutender Aufwand getrieben, um einem gewissen „Florida-Rolf“ eine Handvoll Dollar Auslandssozialhilfe zu streichen. Und dann sollen nach den Vorstellungen einiger Kollegen die steuerhinterziehenden Nachbarn von „Florida-Rolf“ amnestiert werden? Wenn man über so etwas nicht erst mal kräftig lacht, droht ein Magengeschwür.



### Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

Auf dem Schreibtisch eines Sozialpolitikers landet in dieser Wahlperiode mehr als man abarbeiten kann. Die Beschwerden von Weiterbildungseinrichtungen, Berufsbildungswerken und Beschäftigungsträgern über die Ausschreibungs- und Vergabepaxis der Bundesagentur für Arbeit sind zum Beispiel ein Dauerbrenner. Da muss und wird sich einiges ändern, damit wir auch in Zukunft über eine gute Infrastruktur für aktive Arbeitsmarktpolitik verfügen können. In der zweiten Jahreshälfte steht dann die Auswertung der Erfahrungen mit dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX) an.

**Markus Kurth, Bündnis 90/Die Grünen, Jahrgang 1966, ist seit 2002 im Bundestag. Er ist sozialpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung.**

[markus.kurth@bundestag.de](mailto:markus.kurth@bundestag.de)  
[www.markus-kurth.de](http://www.markus-kurth.de)



## Welches Buch lesen Sie gerade?

**Christoph Georg Hartmann:  
„Ich lese Mensch bleiben von  
Dietrich H. W. Grönemeyer.“**

Warum ich als bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ein Buch empfehle, dass sich mit dem Thema Gesundheit beschäftigt? Das Buch des Mediziners Dietrich Grönemeyer hat eine Kernaussage, die auf alle Bereiche des Lebens zutrifft: Gut sind die Dinge, gesund macht Medizin und erfolgreich ist man, wenn es „menschelt“!

Der Autor benennt damit die Basis jeden Miteinanders, erläutert sie am Beispiel der Medizin. Und er formuliert verständlich nachvollziehbar und nicht wie ein „Halbgott in Weiß“. Für ihn

steht im Mittelpunkt allen Tuns der Mensch, wenn er eine Medizin zwischen „Hightech“ und „Herz“ fordert und eine Vision für eine „gesunde Gesellschaft“ skizziert. Und er unterstreicht, dass ein Therapieerfolg entscheidend von der menschlichen Beziehung zwischen Arzt und Patient abhängt.

Aber Grönemeyer fokussiert nicht nur auf die Beziehung Arzt-Patient, sondern stellt die Politik, die Medizin, Gesunde und Kranke, Alte und Junge in einen Gesamtzusammenhang, wenn er sich gegen die Tendenz wen-

det, dass der Wert eines Menschen nur nach seiner Arbeitskraft und Funktionalität einzuschätzen sei.

Weniger Bürokratie, weniger Verwaltung, mehr Lebensqualität fordert er. Diese Aussagen sind – gerade für mich als Liberalen – auf alle Bereiche des Lebens anzuwenden. Dafür setze ich mich politisch ein. Und abschließend kann ich Grönemeyers zentrale Herausforderung unserer Tage nur unterzeichnen: Mensch sein und bleiben. **Dietrich H. W. Grönemeyer, Mensch bleiben, Herder, Freiburg, 2003, 19,90 Euro.**

**Christoph Georg Hartmann (31), bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, ist seit 2002 im Bundestag. Als Landesvorsitzender der FDP Saar ist mit ihm zum ersten Mal seit acht Jahren ein liberaler Abgeordneter aus dem Saarland im Bundestag vertreten.**  
[www.christoph-hartmann.net](http://www.christoph-hartmann.net)  
[presse@christoph-hartmann.net](mailto:presse@christoph-hartmann.net)



# Wappen am Reichstagsgebäude

## Eine klar kalkulierte Dramaturgie

Das Reichstagsgebäude wird jedes Jahr von Millionen Besuchern aus aller Welt besichtigt. Sie warten meist in langen Schlangen vor dem Westportal auf Einlass. Einen ersten Eindruck vom historischen Teil des Parlamentsgebäudes bieten da bereits die Wappen derjenigen deutschen Staaten, Länder und Städte, die sich 1871 zum Deutschen Reich vereinigt hatten. Insgesamt sind als „Stammbaum“ zwanzig Wappen in zwei verschiedenen Größen abgebildet. Das neue Reich war ein Bundesstaat, dem 25 Einzelstaaten angehörten. Die genaue Zuordnung der Wappen sorgt heute deshalb für Verwirrung.

Zum Deutschen Reich zählten die vier Königreiche Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie Großherzogtümer, Herzog- und Fürstentümer mit Namen wie Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Coburg-Gotha, Reuß ältere Linie oder Schaumburg-Lippe und Waldeck. Außerdem traten dem Bundesstaat die Freien und Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck bei. Hinzugezählt werden muss auch das 1871 in Folge des Deutsch-Französischen Krieges annektierte Reichsland Elsass-Lothringen.

Mit dem damals wohl bekanntesten Bauplastiker Otto Lessing hatte der Reichstagsarchitekt Paul Wallot einen geeigneten Künstler für die Ausgestaltung des Parlamentsgebäudes gewinnen können. Lessing, ein Urgroßneffe des berühmten Dichters, war auf einer Vielzahl von prominenten Baustellen beschäftigt, so beim Neubau des Preussischen Landtages oder bei der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche.

Über den genauen Fortgang bei der Gestaltung der Arbeiten am Westportal ist wenig bekannt. Der Nachlass des renommierten Bildhauers ging weitgehend verloren. Es ist überliefert,



Die Wappen am Westportal zeigen diejenigen Staaten, Länder und Städte, die sich 1871 zum Deutschen Reich vereinigten.

dass es Paul Wallot selbst nicht auf die genauen heraldischen Bedeutungen ankam, für ihn stand das Schmückende im Vordergrund. Daher entzündete sich schon die zeitgenössische Kritik an den falsch und fehlerhaft dargestellten Wappen.

Und doch liegt in der Unvollständigkeit eine klar kalkulierte Dramaturgie. Die vier Königreiche, die von ihrer Einwohnerzahl ohnehin neben dem Großherzogtum Baden zu den fünf größten Staaten im Deutschen Reich zählten, sind ihrer politischen Stellung folgend größer als die übrigen Wappen dargestellt. Auf der linken Portalseite stehen Preußen und Sachsen, rechts hingegen Bayern und Würt-

temberg. Die sechs Großherzogtümer sind im rechten Winkel jeweils zwischen den vier Königreichen in der Reliefmittelpunkt auf beiden Portalseiten angeordnet. Nicht vollständig und nicht immer heraldisch richtig sind die Fürstentümer und die Hansestädte abgebildet. Unterhalb der gesamten Wappenreliefs befinden sich zwei Allegorien, die die beiden preussischen Ströme, den Rhein (an der linken Portalseite) und die Weichsel (an der rechten Portalseite) zeigen.

Bereits am Westportal gibt es also reichlich zu sehen. Ein Blick auf die Reliefs lohnt sich und wird das Warten auf den Einlass verkürzen.

Text und Fotos: Volker Wagner



# Vor fünf Jahren: Erste Sitzung in Berlin

# 1999

Vor fünf Jahren tagte der Bundestag erstmals im Reichstagsgebäude. Seither ist es mit seiner Kuppel das Zentrum des Parlamentsviertels und zieht als Wahrzeichen Berlins jährlich Millionen von Besuchern an.



FOTO: MARC DARCHINGER

Die Kuppel des Reichstagsgebäudes ist zu einem Symbol der parlamentarischen Demokratie in Deutschland geworden. Dabei ist es gerade fünf Jahre her, dass das Plenum des – nunmehr gesamtdeutschen – Bundestages hier erstmals seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 tagte. Mit der feierlichen ersten Sitzung des Parlaments am 19. April 1999 wurde ein wichtiger Schritt zur endgültigen Vereinigung Deutschlands gemacht. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse erinnerte in seiner Eröffnungsrede daran, dass das Reichstagsgebäude fünfzig Jahre ein Symbol für die Teilung Deutschlands war. Der Umzug des Parlaments nach Berlin stehe nun aber für etwas „erfreulich Zivilisatorisches“ in der deutschen Geschichte. Nach dem Umbau des Gebäudes zum Sitz des Bundestages werde „Berlin für Freiheit und Demokratie, für eine europäische Politik“ stehen.

Dass es dazu kam, war alles andere als gewiss. Denn nach dem Mauerbau im Jahr 1961 stand das Reichstagsgebäude für lange Zeit im Schatten der Politik. Zwar wurde

das Haus für gelegentliche Ausschusssitzungen, Fraktionsberatungen und Pressekonferenzen sowie für die Bundestagsausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte“ genutzt. Als Sitz des Bundestages konnte es jedoch spätestens seit dem Viermächteabkommen von 1971 nicht mehr dienen. Erst nach der Wende rückte das alte Parlamentsgebäude wieder ins Zentrum des politischen Geschehens.

Bereits im Oktober 1990 tagte hier das erste gesamtdeutsche Parlament aus Mitgliedern des Bundestages und der aufgelösten Volkskammer. Nach den gesamtdeutschen Wahlen fand im Dezember 1990 die konstituierende Sitzung des 12. Bundestages statt, die Willy Brandt als Alterpräsident eröffnete. Die Entscheidung, Parlament und Regierung nach Berlin zu verlegen und das Reichstagsgebäude zum Sitz des Bundestages zu erheben, fiel dann im Juni 1991 – mit einer knappen Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen. Das Reichstagsgebäude sollte das Zentrum eines neuen Parlamentsviertels werden. Es dauerte jedoch noch fast ein Jahrzehnt bis zum Umzug.



FOTO: PICTURE-ALLIANCE

## Schlüsselübergabe.

Zuerst musste das Haus umgebaut werden, womit der britische Architekt Sir Norman Foster beauftragt wurde. Im Sommer 1995 verhüllten die Künstler Christo und Jeanne-Claude das Reichstagsgebäude. Vier Jahre später war es dann soweit: Am 19. April 1999 tagte der Bundestag im Reichstagsgebäude. Im September wurde sein Sitz endgültig von Bonn nach Berlin verlegt.

Text: Georgia Rauer

# I M P R E S S U M

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag

**Chefredaktion:**

Stefan Thomas (Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

**Redaktion:**

Klaus Lantermann, Dr. Heiko Fiedler-Rauer  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 650 00-200, Fax: (030) 650 00-222  
E-Mail: lantermann@media-consulta.com

**Koordination:**

Herbert Fleischhauer (Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (030) 227-378 68, Fax: (030) 227-365 06  
E-Mail: herbert.fleischhauer@bundestag.de

**Beauftragte Agentur:** MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Hans-Dieter Großjohann, Tobias Niering

**Online-Produktion:** Jan Scharein

**Produktion:** Ivan Perez

**Lektorat:** Elke Weidenstraße

**Abonnement und Vertrieb:**

Sarina Neumann  
Fax: (030) 65 000-350  
E-Mail: s.neumann@media-consulta.com

**Druck:**

Jungfer Druckerei und Verlag GmbH, Herzberg am Harz

**Redaktionsschluss:** 26. März 2004

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG  
gibt es auch im Internet: <http://www.bundestag.de>

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos  
vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Beleg-  
exemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum  
geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Fotos und Grafiken:**

AKG: S.41 (oben); Berliner Zeitung/Paulus Ponizak: S. 3;  
Marc Darchinger: S. 56; Deutscher Bundestag: S. 45-48, 54;  
Karl-Heinz Döring: S. 6, 8, 47; Birgit Kentler: S. 45-52;  
Phalanx Fotoagentur: S. 50-52, 53; Picture-Alliance: S. 16 (Mitte),  
44, 48, 56; studio kohlmeier: Titel, S. 1, 2, 4-16, 41-43;  
Volker Wagner: S. 55.

**Fotos und Grafiken „Glasklar“:**

Deutscher Bundestag: S. 39; Frank Hülsbömer: S. 20-25;  
Studio Katz: S. 28-31; Birgit Kentler: S. 36-37; Sinéad Madden:  
Titel, Janine Matulla: S. 34-35; Phalanx Fotoagentur: S. 26-27, 33;  
Picture-Alliance: S. 32.

**Anschrift für die Post unserer Leser:**

BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (030) 650 00-190  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

## Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster  
Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum  
Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abon-  
nement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein wei-  
teres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf  
schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Blickpunkt-Abo  
Wassergasse 3  
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer  
schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der  
Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per  Rechnung  Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abon-  
nementpreises.

Datum/Unterschrift

